



MEINUNGSFREIHEIT BEDROHT?

Die Gefährdung der Meinungsfreiheit
in Deutschland durch die Kampagnen
der sogenannten „Freunde Israels“

Annette Groth/Günter Rath (Hrsg.)

Inhaltsverzeichnis

- 3 Einleitung
- 7 Kampagne seit dem Überfall auf die Free-Gaza-Flotille 2010
- 9 Akteure der „Freunde Israels“
- 12 Berlin: Absage von Räumlichkeiten
- 14 Antisemitismus-Vorwurf gegen eine kritische FU-Dozentin
München: Vorgeschobene Sicherheitsbedenken
- 16 Nürnberg: Angeblich antisemitische und einseitige Veranstaltungen
Göttingen: Angriffe auf die *Nakba*-Ausstellung
- 17 Oldenburg: Kampagne gegen einen Lehrer
Auseinandersetzungen in der Gewerkschaft
Antwort des Niedersächsischen Kultusministeriums
namens der Landesregierung
- 21 Hildesheim: Rücktritte nach Kritik an Lehrbeauftragter
- 22 Bayreuth: Preisverleihung trotz starkem Druck
- 23 Halle: Protest gegen den Auftritt Norman Finkelsteins
- 25 Evangelische Akademie Tutzing: Ausgewogen ist nicht ausgewogen genug
- 26 Frankfurt: Bürgermeister Becker urteilt falsch über die BDS-Bewegung
- 28 Hamburg: Diffamierung des Anti-Apartheid-Kämpfers Prof. Farid Esack
- 35 Kontroversen über BDS
Kündigung von Konten
- 37 BDS ist nicht antisemitisch
- 38 Knesset gegen BDS
Maßnahmen gegen Kritiker*innen
- 41 Fazit
- 43 Stellungnahmen
Prof. Ilan Pappé
- 47 Schreiben von Judith Bernstein
- 49 Liste von be- oder verhinderter, menschenrechtsorientierter Veranstaltungen

Meinungsfreiheit bedroht?

Die Gefährdung der Meinungsfreiheit in Deutschland durch die Kampagnen der sogenannten „Freunde Israels“

Einleitung

Einer der Hauptgründe für das „unterkühlte“ Verhältnis eines großen Teils der bundesdeutschen Öffentlichkeit und der Medien zu den Ereignissen in Palästina ist in der ungenügenden Aufarbeitung der Naziherrschaft und den Verbrechen des deutschen Faschismus an Jüd*innen zu sehen. Die damit verbundene Schuld überlagert bis heute das Unrecht und Leid, das den Palästinenser*innen durch die Vertreibung und durch die Besetzung widerfährt.

Ungeachtet der israelischen Militär-, Vertreibungs- und Besatzungspolitik wird in den Parteien und Regierungskabinetten in Deutschland die Unterstützung Israels als „Staatsräson“ angesehen. Bundeskanzlerin Angela Merkel führte dazu in der Knesset Israels aus: „Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar“¹.

Diese Erklärung „erlangte überparteilichen Stellenwert als eine Art allgemein akzeptierte, aber beschwiegene Merkel-Doktrin“², die von nahezu allen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Medien und den großen Kirchen geteilt wird. Bei seinem Israel-Besuch wiederholte der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck den Begriff „Staatsräson“ zwar nicht, erklärte jedoch, dass „das Eintreten für Sicherheit und das Existenzrecht Israels für deutsche Politik bestimmend“³ sei. Aufgrund einer solchen gesellschaftspolitischen Hypothek ist es für eine Palästina-Solidaritätsbewegung schwer, in den Leitmedien und der etablierten Politik Gehör zu finden.

Die sich verschlechternden Bedingungen für die in Ostjerusalem, in der Westbank und in Gaza lebenden Palästinenser*innen hat weltweit und auch in Deutschland längst zivilgesellschaftliche Akteur*innen auf den Plan gerufen, die über die Asymmetrie der Machtverhältnisse und die Verstöße gegen Menschenrechte, vor allem durch Israel als Besatzungsmacht, aufklären wollen. Auch wenn Vergleiche mit an-

deren Ländern und Konflikten schwierig sind, beruft sich die Solidaritätsbewegung mit den Palästinenser*innen zumeist auf Erfahrungen mit dem Freiheitskampf gegen das Apartheidregime in Südafrika. Die BDS-Bewegung, die ihren Ursprung in einem Aufruf aus der palästinensischen Zivilgesellschaft aus dem Jahr 2005 hat und inzwischen in Israel genau wie weltweit eine breite Unterstützung genießt, beruft sich auf die Erfolge des Widerstands in Südafrika und ist als Instrument des gewaltlosen Widerstands gegen die israelische Besatzungsmacht nicht mehr wegzudenken.⁴

Mit dem Erstarren einer Palästina-Solidaritätsbewegung haben sich auch Gruppen, Institutionen und Journalist*innen in Deutschland profiliert, die mittels eigener Kampagnen und Diskurse Medien und Öffentlichkeit beschäftigen und die offizielle Regierungspolitik des Staates Israels offensiv verteidigen. Sowohl in den öffentlichen Medien als auch viel mehr und wesentlich effektiver in den sozialen Netzwerken und durch E-Mail-Kampagnen werden Denunzierungsbotschaften transportiert. Palästina-Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen, Autor*innen, Journalist*innen und Dozent*innen, die sich im Rahmen ihrer Lehre mit dem Nahost-Konflikt beschäftigt haben, werden diffamiert. Ausstellungen, Theaterstücke und Veranstaltungen werden massiv gestört und oft sogar verhindert.

In diesem Zusammenhang wird die Diskussion über Antisemitismus bewusst missbraucht, um die Palästina-Solidaritätsbewegung zu diskreditieren. Inzwischen hat das Wort „Antisemitismus“ einen nahezu inflationären Charakter bekommen. Eine eindeutige Definition von Antisemitismus gibt es zwar nicht, aber ganz grundsätzlich wird Antisemitismus verstanden als eine negative Einstellung gegenüber Juden und Jüdinnen, „nur weil sie Juden sind“.

Die Bundesregierung definiert „Antisemitismus“ folgendermaßen: „[...] Die Bundesregierung versteht unter Antisemitismus die politisch, sozial, rassistisch oder religiös (Antijudaismus) grundierte Feindschaft gegenüber Juden (Verfassungsschutzbericht des Bundes 2013, S. 124)“⁵.

Der Begriff Antisemitismus wird heute auch verstärkt im Zusammenhang mit dem Existenzrecht Israels gestellt. Die zunehmende Gleichstellung von Antizionismus und Antisemitismus im öffentlichen Diskurs hat die Absicht, zu verschleiern, dass die Kritik an der Ideologie des Zionismus keinesfalls etwas mit Antisemitismus zu tun haben muss. Viele Antizionist*innen stellen vielmehr ins Zentrum ihres

Wirkens ihre Sorgen um Jüd*innen weltweit, deren Ruf sie durch die Politik der israelischen Regierung gefährdet sehen. Hinzu kommt, dass die undifferenzierte Bezeichnung aller Kritiker*innen israelischer Regierungspolitik als „Antizionist*innen“=“Antisemit*innen“ an der Realität vorbei geht: die Politik einer Regierung zu kritisieren und auf die Einhaltung des Völkerrechts und die Wahrung von Menschenrechten zu pochen, hat nichts mit der Ablehnung des Existenzrechts eines Staates zu tun. Es ist offensichtlich, dass die Gleichsetzung der beiden Begrifflichkeiten mit völlig unterschiedlichem Inhalt in erster Linie dazu dient, Kritik an der israelischen Regierungspolitik als solche zu diskreditieren und so aus dem öffentlichen Diskurs zu verbannen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Rolle der Medien zu beleuchten. Viele Journalist*innen wurden für kritische Berichte und Artikel vehement kritisiert, sodass sich viele vor einer eindeutigen Kritik an der israelischen Besatzungspolitik scheuen. Ähnlich wie bei Politiker*innen ist Kritik an Israel nicht „karrierefördernd“, sondern das Gegenteil. Viele Artikel von u.a. Gideon Levy, Uri Avnery und Amira Hass, die ihre Regierung schonungslos kritisieren, würden in Deutschland wohl nicht gedruckt werden.

Diese Broschüre versucht anhand einiger Beispiele aufzuzeigen, mit welchen Mitteln Veranstaltungen abgesagt, Veranstaltungsräume gekündigt und Menschen verleumdet werden.

Der Brief von Judith Bernstein an den Außenminister Sigmar Gabriel vom 04.04.2017 sowie die Stellungnahme von Ilan Pappé (beides im Anhang) verdeutlichen die Dringlichkeit, das im Grundgesetz verankerte Recht auf freie Meinungsfreiheit durchzusetzen.

Die Liste der Veranstaltungen in Deutschland, die abgesagt/gestört wurden oder die nur aufgrund von juristischen Klagen zustande kamen (ebenfalls im Anhang), zeigt die Dimension der Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Christoph Rinneberg aktualisiert diese Liste ständig, die allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

¹ Verantwortung – Vertrauen – Solidarität. Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 18.3.2008 vor der Knesset in Jerusalem, S. 15, zitiert in: Markus Kaim, Israels Sicherheit als deutsche Staatsräson: Was bedeutet das konkret?, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 30.01.2015, siehe: <http://www.bpb.de/apuz/199894/israels-sicherheit-als-deutsche-staatsraeson?p=all>

² Jörg Lau, Feigheit vor dem Freund, in: Zeit online, 12.02.2012, siehe: <http://www.zeit.de/2012/16/Staatsraeson>

³ Michael Stürmer, Wofür deutsche Staatsräson steht, in: Welt.de, 31.05.2012, siehe: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article106399430/Wofuer-deutsche-Staatsraeson-steht.html>

⁴ Im Aufruf aus dem Juli 2005 heißt es unter anderem: „Rufen wir, RepräsentantInnen der palästinensischen Zivilgesellschaft, internationale Organisationen und alle rechtschaffenen Menschen auf der ganzen Welt dazu auf, weitgreifend Boykott und Investitionsentzug gegen Israel durchzusetzen, ähnlich der Maßnahmen gegen Südafrika während der Apartheid. [...] Diese gewaltlosen Strafmaßnahmen müssen solange aufrecht erhalten bleiben, bis Israel seiner Verpflichtung nachkommt, den PalästinenserInnen das unveräußerliche Recht der Selbstbestimmung zuzugestehen, und zur Gänze den Maßstäben internationalen Rechts entspricht, indem es:

- 1) Die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt;
- 2) Das Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt; und
- 3) Die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert, schützt und fördert.“
siehe: <https://bdsmovement.net/call#German>

⁵ Die Bundesregierung verwendet in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.03.2015 die Definition des Verfassungsschutzberichts des Bundes 2013, S. 124); Bundestagsdrucksache 18/4173, siehe: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/041/1804173.pdf>

Kampagnen seit dem Überfall auf die Free-Gaza-Flottille 2010

Am 31.05.2010 wurde die Mavi Marmara zusammen mit fünf weiteren Schiffen der Gaza-Flottille in internationalen Gewässern von israelischen Soldat*innen aufgebracht. Dabei wurden neun unbewaffnete türkische Staatsbürger (ein 19-Jähriger hatte neben der türkischen auch die US-Staatsbürgerschaft) getötet.

Die empörten Reaktionen in der Türkei, in den USA, in Deutschland und anderen europäischen Ländern – sowie in Israel – ließen nicht lange auf sich warten und beschäftigten Medien, Regierungen und Parlamente.

Das deutsche Außenministerium intervenierte zügig, da unter der offiziellen deutschen Delegation von Pax-Christi auch zwei Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE waren.

Einen Monat später verabschiedete der Bundestag einmütig einen Antrag, in dem die Abgeordneten die Bundesregierung aufforderten, „die Forderung der Europäischen Union nach einer sofortigen Aufhebung der Gaza-Blockade mit Nachdruck zu unterstützen und darauf hinzuwirken, dass Israel die Positivliste von Gütern, deren Einfuhr möglich ist, in eine Negativliste verbotener Güter wie Waffen und waffenfähiges Material umwandelt“⁶.



Die „Challenger“ (unter US-Flagge) kurz vor der Abreise von Kreta. Foto: G. Rath

Die Türkei brach die Beziehungen zu Israel ab. Erst drei Jahre später nahmen beide Länder wieder Verhandlungen auf, um ihre Beziehungen zu normalisieren. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu entschuldigte sich beim türkischen Premierminister Erdoğan und versprach die Zahlung einer Entschädigungssumme

von 20 Mio. Dollar sowie die Öffnung der Grenze nach Gaza für Hilfslieferungen.⁷ Faktisch gab es aber keine merkliche Verbesserung der Situation der Menschen im Gazastreifen.

Keine Frage, das Ansehen Israels in der Welt hatte nach dem Überfall auf die Mavi Marmara arg gelitten. In deutschen und österreichischen Leitmedien wurde Israel zwar zumeist nicht direkt verurteilt, aber die Kritik an diesem völkerrechtswidrigen Vorgehen war groß und konnte von den „Freunden Israels“ nicht verhindert werden.⁸ Nach den verheerenden militärischen Angriffen der Streitkräfte Israels auf den Gazastreifen (2012, 2014)⁹ und dem damit verbundenen Imageschaden stellte Israel enorme Finanzmittel bereit, um die Sicht auf die israelische Regierungspolitik in der Öffentlichkeit wieder „aufzuhübschen“.

⁶ Deutscher Bundestag ,Drucksache 17/2328, 30. 06. 2010 Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ereignisse um die Gaza-Flottille aufklären – Lage der Menschen in Gaza verbessern – Nahost-Friedensprozess unterstützen

⁷ Ibrahim Kalin: After Netanyahu's Apology, in: Qantara.de v. 13.5.2013, siehe: https://de.qantara.de/content/turkisch-israelische-beziehungen-ein-erster-schritt-zur-normalisierung?qt-nodes_popularity=1

⁸ Karin Leukefeld, Die fünfte Gewalt, in: Junge Welt v. 14.1.2011, siehe: <https://www.jungewelt.de/artikel/157427.die-f%C3%BCnfte-gewalt.html> und M. Blumenthal: Israel Cranks Up the PR Machine, in The Nation, 16.10.2013, siehe: <https://www.thenation.com/article/israel-cranks-pr-machine/>

⁹ Laut UN-OCHA starben in dem Krieg von 2014 2.104 Palästinenser*innen, 1.462 davon Zivilisten. 69 Israelis starben demnach. 108.000 Menschen im Gazastreifen wurden obdachlos.

Die „Freunde Israels“

„Die 80 israelsolidarischen, gesellschaftlichen Gruppen hinter dem ‚Kongress für Israel‘ stellen die wohl führende ‚Lobby für Israel‘ in Deutschland dar, eine Interessenvertretung Israels in Deutschland. Ihr gehören Deutsch-Israelische und Christlich-Jüdische Gesellschaften an, die Sächsischen Freunde Israels und Christen an der Seite Israels, eine Prozionistische Linke Frankfurt und viele andere Vereine und Zentren. Alle agieren erklärtermaßen ganz im Sinne der Werbekampagne, wie sie das israelische Außenministerium für das Jahr 2011 finanziert, um das internationale Image des Staates aufzupolieren“¹⁰.

Mit dabei ist auch die Website Honestly Concerned, deren Arbeitsschwerpunkt seit 2002 nach eigenen Angaben die „Medienbeobachtung“ sei. *„Wir nehmen Einfluss und engagieren uns für eine wahrhaftige Berichterstattung über Israel, Juden und jüdische Themen in den Medien“*, heißt es in der Selbstdarstellung. Über Mailinglisten und ein Netzwerk weiterer Internetseiten (Achse des Guten, Lizas Welt, Politically Incorrect u.a.m.) mobilisiert Honestly Concerned Gleichgesinnte gegen Veranstaltungen, Vorträge und Ausstellungen und nimmt kritische Berichterstattung zur israelischen Politik aufs Korn.

Damit aber nicht genug. Bekannte Kritiker*innen der israelischen Besatzungspolitik werden regelrecht gemobbt und mit Hetzkampagnen als „Antisemit*innen“ diffamiert, was in Deutschland strafrechtliche Konsequenzen haben kann. Ludwig Watzal, Evelyn Hecht-Galinski, Felicia Langer, Alfred Grosser, Norman Finkelstein, Rupert Neudeck und viele andere wurden bereits vom presserechtlich Verantwortlichen von Honestly Concerned, Sacha Stawski – mit tatkräftiger Unterstützung williger Politiker*innen und Medienvertreter*innen – denunziert, angezeigt und teilweise mit Schreib-, Rede- und Auftrittsverboten „zur Strecke gebracht“¹¹.

In einem Artikel weist Karin Leukefeld darauf hin, dass die finanziellen Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit durch das israelische Außenministerium für die „Botschaften in acht europäischen Staaten verdoppelt“¹² wurden. Mit dieser zusätzlichen finanziellen Aufstockung der Mittel sollte die Arbeit in den Zielländern „kampagnenartig verstärkt werden“¹³. Weiter in dem Artikel: „Mit Hilfe professioneller Beratung und PR-Experten sollten demnach Multiplikatoren in jedem Land gefunden werden, die bereit seien, die ‚Propaganda‘ Israels zu verbreiten“¹⁴. Die

Botschaften sollten dann bis zum 16. Januar 2011 „eine Liste mit mindestens 1000 ‚Verbündeten‘ [...] erstellen, die regelmäßig mit Informationen versorgt werden könnten“¹⁵.

Die Verbündeten sollten so ausgesucht werden, dass sie sich für die israelische Politik „bei Demonstrationen, Kundgebungen oder durch Zeitungsartikel“¹⁶ einsetzen.

Leukefeld führt weiter aus, dass das israelische Außenministerium „dabei Angehörige der jüdischen Gemeinden, Aktivisten christlicher Organisationen, Journalisten, Politiker, Intellektuelle, Akademiker und Studentenaktivisten“¹⁷ bevorzuge.

Inhaltliche Schwerpunkte dieser Werbekampagne:

- ▶ „israelische Position zum Friedensprozess und Siedlungsbau, israelische Aktivitäten im Bereich von Technologie, Wirtschaft, Tourismus“¹⁸
- ▶ „andere Entwicklungen im Mittleren Osten, wie die Rolle der Hisbollah im Libanon,
- ▶ Menschenrechte im Iran und in Syrien“¹⁹.

Als Akteur*innen hinter den „Verhinderungskampagnen“ treten immer wieder regionale Gruppen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) auf, prominente Vertreter*innen jüdischer Gemeinden oder der Zentralrat der Juden, aber auch Aktionsgruppen an Universitäten, ASTEN, sowie auf Facebook oder in anderen online-Portalen und Blogs.

Ziel der Kampagnen ist es, die offizielle Regierungspolitik Israels gesellschaftlich mehrheitsfähig zu machen. Solidaritäts- und Informationsveranstaltungen, die über die von der israelischen Regierung und den israelischen Sicherheitskräften begangenen Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das Völkerrecht informieren, sollen verhindert werden.



Ingrid Rumpf, Vorsitzende des Vereins Flüchtlingskinder im Libanon e.V. bei der Eröffnung der Nakba-Ausstellung in Göttingen, Dezember 2016. Foto: I. Rumpf

Die Betroffenen sind unter anderem:

Organisator*innen von Vorträgen an Universitäten, Hochschulen und Volkshochschulen, in Kirchengemeinden, auf Literaturmessen, in Eine-Welt-Häusern (München, Nürnberg) sowie die Organisator*innen von öffentlichen Vortragsveranstaltungen, z.B. der *Nakba*-Ausstellung, Nicht-Regierungsorganisationen wie Misereor und Brot-für-die-Welt, u.a. Einzelpersonen wie z.B. Wissenschaftler*innen, Friedensforscher*innen und Schriftsteller*innen. Mittels öffentlichkeitswirksamer Kampagnen und durch Telefonanrufe bei einflussreichen Persönlichkeiten wie z.B. bei Bürgermeister*innen und Journalist*innen, begleitet von Briefen und Artikeln in lokalen, überregionalen und sogar in internationalen Zeitungen, werden Veranstalter*innen, Bildungsträger*innen oder Vermieter*innen von Veranstaltungsräumen so massiv unter Druck gesetzt, dass viele Veranstaltungen abgesagt wurden.

Ein exemplarisches Beispiel der „Verhinderungskampagnen“ ist die Kündigung von Seiten der katholischen Akademie in Berlin, in der das „Palästinaforum“ anlässlich des Kirchentags am 27.05.2017 stattfinden sollte. Grund für die fristlose Kündigung Anfang April war der Titel „50 Jahre israelische Besatzung – Wir dürfen nicht schweigen!“, der der Katholischen Akademie „zu martialisch“ war. Da

der Deutsche Evangelische Kirchentag dem Palästinaforum, das von vielen Organisationen und Gruppen organisiert wird und prominente Redner*innen aus Israel und Palästina einlädt, keinen Raum innerhalb des offiziellen Kirchentagsprogramms zur Verfügung stellt (das war bereits 2015 in Stuttgart der Fall), musste das Palästinaforum einen Veranstaltungsort außerhalb des Kirchentags suchen.

Dass es „nicht nur“ bei verbalen Verleumdungen bleibt, zeigen die ernst zu nehmenden Morddrohungen z.B. gegen die jordanisch-schwedische Palästinenserin Nada Kiswanson, die für die palästinensische Menschenrechtsorganisation Al Haq arbeitet und die Kriegsverbrechen während des letzten Gaza-Krieges 2014 untersucht.²⁰ Auch der prominente israelische Journalist Gideon Levy erhält bereits seit 2014 Morddrohungen und geht ohne Leibwächter nicht auf die Straße²¹.

Großen Ärger verursachte in Großbritannien im Oktober 2016 ein Video, das einen Undercover-Journalisten im Gespräch mit einem Diplomaten der israelischen Botschaft in London und einer britischen Beamtin, ehemalige Mitarbeiterin eines Ministers der Konservativen Partei, zeigte. Sie diskutierten darüber, wie man Israel-kritische Politiker*innen zum Schweigen bringen könnte, insbesondere den Außenminister Sir Alan Duncan, ein ausgewiesener Unterstützer legitimer palästinensischer Interessen.²² Crispin Blunt, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, prominenter Konservativer und ebenfalls Unterstützer palästinensischer Selbstbestimmung kommentierte: „Während diese eindeutige Einmischung eines Diplomaten eines ausländischen Staates in die britische Politik formal unglaublich ist und eine Untersuchung erfordert, bleibt die Frage, was das für den israelischen Staat bedeutet. Israels zukünftigem Frieden und seiner Sicherheit wird durch das Ignorieren einer substantiellen Friedenslobby in Israel und der weltweiten jüdischen Gemeinschaft nicht gedient, vielmehr unterminiert es das Bemühen ausländischer Politiker, die am Frieden arbeiten“²³. (Übersetzung durch die Autorin)

Berlin: Absage von Räumlichkeiten

In Berlin kommt es regelmäßig zu Protesten, wenn Referent*innen eingeladen werden, die über die Situation der Palästinenser*innen reden sollen. Am 26.02.2010 sollte eine Veranstaltung mit dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler Norman Finkelstein in der evangelischen Trinitatis-Kirche in Charlottenburg stattfinden. Aufgrund des geplanten Auftritts von Finkelstein gab es heftige Kritik aus der

Kirchengemeinde²⁴. In der Diskussion gab es gegen Finkelstein „Vorwürfe des Antisemitismus“²⁵. Direkt am Tag der Veranstaltung wurde zu einer „Protestdemonstration von dem Landesarbeitskreis Shalom der Linksjugend, von den Jusos und der Jüdischen Gemeinde zu Berlin“²⁶ aufgerufen. Aufgrund dieser Kritik und dem massiven Protest durch „mehrere linke Gruppen und [durch] die Jüdische Gemeinde zu Berlin“²⁷, „zogen die Verantwortlichen die Zusage für den Raum zurück“²⁸. Der zuständige Pfarrer begründete die Absage für die Räumlichkeiten mit dem Hinweis, dass „die Thesen von Herrn Finkelstein ... mit den Vorstellungen der Gemeinde nicht zu vereinbaren [seien]“.²⁹ Der Vortrag von Norman Finkelstein hatte den Titel „Ein Jahr nach dem Überfall der israelischen Armee auf Gaza - die Verantwortung der deutschen Regierung an der fortgesetzten Aushungerung der palästinensischen Bevölkerung“³⁰ und beleuchtete den Goldstone-Bericht der Vereinten Nationen. Auch das mitveranstaltende „Bildungswerk der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung hatte seine Zusage revidiert“³¹. Der Geschäftsführer der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin begründete den Rückzug mit den Worten, dass sie „nicht bedacht [hätten], dass es solch einen Zirkus um die Person Finkelstein geben würde“³². Die Rosa-Luxemburg-Stiftung sagte ebenfalls ihre Räumlichkeiten ab und begründete dies mit der Aussage: „Finkelsteins Thesen sind auch in unserem Haus äußerst umstritten“³³. Der jüdische Professor Rolf Verleger monierte, dass „Kritik an Israel, die aus einer Perspektive der universellen Geltung der Menschenrechte betrieben wird, in die Naziecke gestellt“³⁴ werde.

Nach diesen intensiven Diskussionen erklärte sich die Ladengalerie der Jungen Welt bereit, die Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Kurzfristig sagte dann Finkelstein seinen Vortrag ab, da er die Lage so einschätzte, dass nicht mehr sein Anliegen, über den Goldstone-Bericht zu informieren, im Mittelpunkt der Diskussion stehen würde, sondern dass „die Streitereien sein Anliegen, das im Titel des Vortrags zum Ausdruck kommt, zu sehr überlagern würden“³⁵.

Die Absage der Räumlichkeiten durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung führte innerhalb der Partei DIE LINKE zu intensiven Diskussionen, bei denen u.a. Sahra Wagenknecht die Stiftung aufforderte, „eine ‚plurale Debatte‘ nicht zu verhindern und diese ‚unabhängig von der Bewertung der inhaltlichen Positionen Norman Finkelsteins‘ zu führen“³⁶. Auch einige Bundestagsabgeordneten und Parteimitglieder der LINKEN wandten sich mit einem offenen Brief an die Rosa-Luxemburg-Stiftung und bezeichneten die Absage der Räumlichkeiten als „falsch“³⁷. Sie

kritisierten: *„gerade als politische Stiftung mit einem Bildungsauftrag für kontroverse und plurale Debatten hättet ihr dem Druck von einigen Wenigen nicht nachgeben dürfen“*³⁸ und wiesen darauf hin, dass *„wenn wir erst anfangen, Debatten gar nicht mehr zu führen, haben wir schon verloren“*³⁹. Die Bundesarbeitsgemeinschaft „BAK Shalom der Linksjugend [solid]“ dagegen verteidigte die Absage und führte aus, dass *„die Entscheidungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung und die der Trinitatis-Gemeinde in Berlin Charlottenburg absolut richtig und notwendig waren“*⁴⁰.

Antisemitismus-Vorwurf gegen eine kritische FU-Dozentin

Am 6. Januar 2017 titelte die Jüdische Rundschau: *„Israel-Hetze mit Lehrauftrag an der Berliner Uni?“*⁴¹ Dieser Artikel, der überaus geschmacklos gegen die Dozentin Eleonora Roldán Mendivil polemisiert, die an der Freien Universität Berlin für eine Lehrveranstaltung zu *„Rassismus im Kapitalismus“* verantwortlich zeichnete, war wörtlich von einem rechten, zionistischen, anonymen Blog aus dem Internet⁴² übernommen worden. Die Hochschulgruppe *„Gegen jeden Antisemitismus an der Freien Universität“* hatte Vorwürfe gegen die Lehrbeauftragte erhoben, da sie *„Israel verunglimpft“* und das *„Existenzrecht Israels bestritten“*⁴³ habe. Bezogen wird sich dabei nicht nur auf die Seminarveranstaltung, sondern im Wesentlichen auf Blogs und Internetseiten, in denen im Zusammenhang mit Israel von Kolonialismus und der Besetzung Palästinas die Rede ist.⁴⁴ Für die Geschäftsleitung des Otto-Suhr-Instituts waren diese Argumente scheinbar genug, um die Lehrbefugnis der Politologin infrage zu stellen und für eine *„Klärung der Vorwürfe eine Untersuchung einer möglichen israelfeindlichen oder gar antisemitischen Publikationspraxis der Lehrbeauftragten“* einzuleiten. Dabei soll das *„Kriterium der wissenschaftlichen Relevanz“* herangezogen werden und eine *„Prüfung der Qualitätsstandards für die Vergabe von Lehraufträgen erfolgen“*⁴⁵.

München: Vorgeschobene Sicherheitsbedenken

2009 weigerte sich das Schulreferat, dem israelischen Historiker Ilan Pappé im Münchner Pädagogischen Zentrum (2009) Zutritt zu gewähren. Angeblich, so war es im Münchner Merkur zu lesen, gab es Sicherheitsbedenken.⁴⁶ Im Februar 2010 wurde eine von Norman Finkelstein geplante Vortragsreise nach Deutschland abgesagt. Nach öffentlicher Kritik durch die Lobby für Israel in München, wo Finkelstein Vorträge im Amerika-Haus und im Kulturhaus Milbertshofen halten sollte, wurden die Zusagen für die Veranstaltungsräume wieder zurückgezogen. Den Ver-

antwortlichen der Häuser wurde von „Salaam Shalom“ vorgeworfen, sich dem Druck gebeugt zu haben. Die Sprecher beider Einrichtungen widersprachen und führten als Gründe für die Absage neben neuen „Erkenntnissen“ über Finkelstein als Person auch Sicherheitsbedenken an, da Rechtsradikale auf bestimmten Internetseiten für den Besuch der Veranstaltungen geworben hätten.

Im September 2016 musste eine Veranstaltung mit dem jüdischen Publizisten Abraham Melzer im Eine-Welt-Haus abgesagt werden, nachdem das Kulturreferat zwei Tage vor der Veranstaltung ein Verbot ausgesprochen hatte. Begründet wurde die Absage mit der Veranstaltungsankündigung, die eine Delegitimierung Israels suggeriere. Dies, so die Begründung weiter, lege nahe, dass in der Veranstaltung die Grenze zwischen Israelkritik und Antisemitismus überschritten werde. Am Morgen des Veranstaltungstages erhielt der Vorstand des Vereins Hansa KKV (kath. Sozialverband) ein Schreiben der Präsidentin der israelischen Kultusgemeinde, in dem die im Brief des Kulturreferats geäußerten Vermutungen nunmehr als „eindeutige“ Tatsachen hingestellt wurden. Die Rede war von „antisemitischer und antijüdischer“ Propaganda und: Melzers Auftritt würde zu einer „unerträglichen Stärkung des Antisemitismus in München“ führen. Die ehemalige Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, bezeichnete Melzer als „einen berüchtigten Antisemiten“, woraufhin Melzer Klage einreichte. Im November 2016 erklärte das Landgericht München I, dass Knobloch ihre Aussage, Melzer sei „für seine antisemitischen Äußerungen regelrecht berüchtigt“⁴⁷ nicht länger behaupten dürfe. Knobloch ließ verlautbaren, dass sie dieses Urteil nicht akzeptieren würde. So wird die juristische Auseinandersetzung wohl andauern.

Eine große Kampagne gab es im März 2017 auch gegen ein Benefizkonzert zugunsten von Projekten, die Medico International in Gaza durchführt, das in der Erlöserkirche stattfinden sollte. Stein des Anstoßes war eine kurze Rede von Nirit Sommerfeld über die katastrophale Situation in Gaza, was die israelitische Kultusgemeinde unbedingt verhindern wollte. Daraufhin „verzichtete“ der Musiker auf das Konzert, das dann an einem anderen Ort in München stattfand.

Einer ähnlichen Kampagne waren zu einem späteren Zeitpunkt die Veranstalter des Benefizkonzertes im Münchner Vorort Gräfelfing ausgesetzt. Trotz etwa hundert Mails mit Drohungen und Aufrufen sowie massiven Verleumdungen gegen die „an-

tisemitische Israel-Hasserin Nirit Sommerfeld“ blieb die Bürgermeisterin von Grä-felfing standhaft und das Konzert konnte stattfinden.

Zwischen 2010 und 2016 wurde in München eine Reihe von Veranstaltungen abge-sagt. Das Eine-Welt-Haus steht unter großem Druck.

Nürnberg: Angeblich antisemitische und einseitige Veranstaltungen

Im November 2016 haben „mutige“ Anonyme in einer eigens gegründeten Face-book-Gruppe die Linke Literaturmesse in Nürnberg, die als Sammelpunkt linker Verlage und Referenten seit 20 Jahren stattfindet als „antisemitische“ Großver-anstaltung verunglimpft⁴⁸. Zwar konnte die Literaturmesse nicht verhindert werden, aber man erreichte immerhin das Verbot einer Ausstellung über Walter Herrmann und die Kölner Klagemauer für Frieden, Völkerverständigung und Menschenrecht, die von der Arbeiterfotografie kuratiert worden war.

2014 wurde dem AK Palästina des Nürnberger Forums für den Frieden (NEFF) im Haus Eckstein (Haus der evangelisch-lutherischen Kirche in Nürnberg) verboten, „ein-seitige“ Veranstaltungen abzuhalten.⁴⁹ Ausnahme sollten Veranstaltungen sein, die mit einer Vertreterin oder einem Vertreter von „israelischer Seite“ kooperierten – ge-meint ist die Siedler- und Regierungssicht. Umgekehrt gibt es diese Forderung nicht.

2016 erfolgte als Resultat dieses kirchlichen „Erlasses“ eine Einbettung mit Veran-staltungen der Stadtakademie Nürnberg, die „die andere Seite“ einlud. Im Januar 2017 entschied das Evangelische Dekanat, alle finanziellen Zuschüsse an das NEFF zu streichen und die Genehmigung für die Nutzung der Räumlichkeiten zurückzu-ziehen.

Göttingen: Angriffe auf die *Nakba*-Ausstellung

Auch die vielfach gezeigte und durch Gerichtsverfahren mehrfach überprüfte Aus-stellung über die palästinensische *Nakba* (Katastrophe) steht seit Jahren unter Druck. Sie stellt das palästinensische Narrativ zur Staatsgründung Israels dar und beschreibt die Vertreibung der Palästinenser*innen aus ihren Heimatdörfern. Nach mehrmaliger Verschiebung der *Nakba*-Ausstellung an der Universität Göttingen durch die Präsidentin Prof. Ulrike Beisiegel sollen die Inhalte einer „neutralen wis-senschaftlichen Überprüfung“ unterzogen werden⁵⁰. Die für November 2016 zuge-sagte Ausstellung wurde daraufhin in der Göttinger Feuerwache gezeigt.⁵¹

Vergleichbare Angriffe begleiten die *Nakba*-Ausstellung schon lange, wie die Website der Libanon-Hilfe dokumentiert.⁵²

Neben dem Angriff auf die Ausstellung legte die Studierendenvertretung der Universität Göttingen nach und verunglimpfte die Veranstaltungsreihe „Naher Osten – Ferner Frieden“, die von den Professor*innen Kai Ambos und Irene Schneider verantwortet wurde und die die Ausstellung begleiten sollte.⁵³ Der Fachschafftsrat Sozialwissenschaften (FSR SoWi) und der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) forderten die Absage der Reihe in einem offenen Brief, den sie mit „Keine Bühne für Antisemitismus an der Uni Göttingen“ überschrieben.⁵⁴ Jedem, der an israelischer Politik Kritik übt, wird Antisemitismus unterstellt. Gleichzeitig werden jegliche berechtigten Ansprüche der Palästinenser*innen geleugnet. Wenn Palästinenser*innen Menschenrechte und geltendes Völkerrecht einfordern, werden ihnen rechtsextremer Nationalismus und „völkische Fantasien“ unterstellt: „Grundlage dafür ist die völkische Fantasie eines palästinensischen Volkes, das vor der großflächigen jüdischen Einwanderung nach den Gräueln der Shoa existiert haben soll“⁵⁵.

Die Einseitigkeit einer Gegenveranstaltung am Eröffnungstag der Ausstellung, zu der die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) Göttingen einlud, wird von den Studierenden nicht kritisiert. Sie beteiligten sich als Mitveranstalter*innen.⁵⁶ Und ausgerechnet diese Veranstaltung findet auf dem Zentralen Hörsaalgelände (ZHG) statt, das für die *Nakba*-Ausstellung vorgesehen war.⁵⁷

Oldenburg: Kampagne gegen einen Lehrer

Heftige Angriffe auf die Evangelische Studierendengemeinde ESG löste im Juli 2016 ein geplanter Vortrag über BDS (Boycott, Desinvestment, Sanktionen) von Christoph Glanz aus, Lehrer und aktiv in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Massenhaft wurde die ESG mit E-Mails bombardiert, welche „die Menschenrechtskampagne als ‚ Hamas-Propaganda‘ denunzierten und wahrheitswidrig mit dem Boykott jüdischer Geschäfte unter den Nazis gleichsetzten“⁵⁸.

Rechtspopulistische Internet-Medien wie Politically Incorrect unterstellten in einem Artikel mit der Überschrift „Oldenburg: Antisemitischer Lehrer stachelt Migrantenkinder zu Gewalt gegen Israel an“⁵⁹. Die Antifa Oldenburg erklärte in einem Schreiben, dass „jeder Boykottaufruf der BDS [...] letztlich dazu bei[trage], dass Israel vernichtet wird“⁶⁰.

Von einer Studierenden, die Mitglied der Jusos und Mitglied des Senats der Universität ist, kam die Aufforderung an die Universität, die Veranstaltung abzusagen.⁶¹ Sie behauptete, dass es sich bei BDS um eine „antisemitische Organisation“⁶² handle und Christoph Glanz ein „bekannter Antisemit“⁶³ sei. Glanz hat gegen diese Behauptung vor dem Landgericht Oldenburg auf Unterlassung geklagt.⁶⁴ Die Klage wurde mit einem Vergleich abgeschlossen, in dem sich die Juso-Funktionärin und heutige SPD-Ratsfrau verpflichtete, künftig zu unterlassen, „Glanz einen Antisemiten zu nennen“⁶⁵.

Die aggressiven Angriffe gegen BDS-Aktivist*innen führen auch immer mehr dazu, dass diese in ihrer beruflichen Existenz bedroht werden. Eine Folge der Vorwürfe gegen Christoph Glanz war, dass von Seiten der Schulbehörde der „Vorwurf angeblich antisemitischer Aktivitäten“⁶⁶ geprüft werden sollte.

Ein Sprecher des Kultusministeriums erklärte, dass bei einer solchen Prüfung „rechtsstaatliche Prinzipien wie die schutzwürdigen persönlichen Belange der Betroffenen und die Fürsorgepflicht gegenüber Landesbediensteten zu beachten“⁶⁷ seien. Weiter erklärte das Kultusministerium, dass „nach Angaben des Innenministeriums die BDS-Kampagne allerdings kein Thema für den Verfassungsschutz“⁶⁸ sei.

Aber auch die Artikel in der Nordwest-Zeitung zeigen deutlich, dass wertende Behauptungen Teil der öffentlichen Berichterstattung sind. So wurde in dem Artikel behauptet, Glanz beschreibe in der Mitgliederzeitung „Paed-Ol“ der GEW Oldenburg „seine Aktivitäten für die israel-feindliche Kampagne BDS“⁶⁹, was aber tatsächlich nicht der Fall war. Vielmehr handelt der Artikel in erster Linie von der Situation vor Ort in Israel/Palästina, die wiederum als Beweggrund für Glanz' Engagement in der BDS-Bewegung angegeben wird. Dennoch geriet die GEW durch Anrufe und E-Mails stark unter Druck, sodass sie sich entschied, die gesamte Auflage mit dem inkriminierten Artikel einzustampfen. Nach den Angriffen auf die ESG gab es auch zahlreiche positive Zuschriften zu BDS, in denen auch die Meinungsfreiheit eingefordert wurde.⁷⁰ Trotz dieser Zuschriften wurde die Veranstaltung von der ESG abgesagt.

Um eine Diskussion zum Thema trotzdem möglich zu machen, lud die BDS-Initiative Oldenburg den israelischen Aktivistin Ronnie Barkan zu einem Vortrag

ein.⁷¹ Vier Tage vor der Veranstaltung wurde der Saal im „Kulturzentrum PFL“ durch das Kulturbüro der Stadt Oldenburg aus „Sicherheitsgründen“ abgesagt.⁷² Bei einem Gespräch mit der Polizei, mit Angestellten der Stadt Oldenburg und dem Staatsschutz wurde Ronnie Barkan und Christoph Glanz als Begründung für die Absage mitgeteilt, dass „mit



Christoph Glanz 2015 in Hebron

einer gewalttätigen Störung aus der linksautonomen Szene (Selbstbezeichnung) zu rechnen sei“⁷³. Der Versuch, vor Gericht vorläufigen Rechtsschutz zu bekommen, wurde vom Verwaltungsgericht Oldenburg abgelehnt.⁷⁴

Auseinandersetzungen in der Gewerkschaft

Innerhalb der GEW führte der Aufsatz von Christoph Glanz, in dem er die Beweggründe für sein Engagement in der BDS-Kampagne darlegte, zu einer intensiven Diskussion. Nachdem Benjamin Weinthal, Deutschland-Korrespondent der Zeitung „The Jerusalem Post“ und vor allem Mitarbeiter der US-Denkfabrik Foundation for Defense of Democracies (FDD), in einem Artikel „einen Zusammenhang zwischen dem Aufruf, Juden und Israel zu boykottieren und den Ereignissen um den Holocaust“⁷⁵ herstellte, wurde die Kritik an der GEW immer offensiver vorgetragen. In der Jerusalem Post hatte sich die israelische Botschaft in Berlin zu der Aussage verstiegen, „BDS verfolge letztlich das Ziel, Israel zu eliminieren“⁷⁶.

Auch die Deutsch-Israelische Gesellschaft Oldenburg übte massive Kritik an dem Aufsatz, sodass „das gedruckte Heft nicht an die Mitglieder verteilt“⁷⁷ wurde. In ihrer Kritik warf sie Glanz und der BDS-Kampagne vor, „das Existenzrecht Israels zu leugnen“⁷⁸. Die Nordwestzeitung berichtete weiter, dass sich „GEW-Vorsitzender Heinz

Bührmann [...] für die Veröffentlichung⁴⁷⁹ entschuldigt habe und erklärte, dass es „nicht Absicht der GEW [sei], antisemitischem Gedankengut Vorschub zu leisten“⁴⁸⁰. Im Vorstand war diese Frage jedoch umstritten⁸¹. So habe „Vorstandsmitglied Hansjürgen Otto sich hinter Glanz gestellt“⁸². Gleichzeitig habe er bemängelt, „es sei bedauerlich, dass die Position der BDS unterdrückt werde“⁸³. Nach einer intensiven Diskussion wurde die Erklärung zurückgezogen und stattdessen mitgeteilt, dass sich die GEW „gegen Behauptungen [verwahre], sie habe [...] einen antiisraelischen und israelfeindlich geprägten Artikel veröffentlicht“⁸⁴.

Die GEW stellte sich in einer weiteren Erklärung dann solidarisch hinter Christoph Glanz und lobte seine „aktive Mitarbeit bei lokalen Aktivitäten der GEW Oldenburg“⁸⁵. Weiter bezeichnete sie Glanz als „stets engagierten Pädagogen und sehr sachkundigen Kollegen“⁸⁶. Weiter in dem Artikel: Als Lehrer sei Glanz’ „Engagement für politische Beteiligung, Frieden, Verständigung, Aufklärung, [...], einhergehend mit Toleranz anderer Sichtweisen und mit einer Hingabe, die weit über das verpflichtende Mindestmaß hinausgeht, bekannt“⁸⁷. Auch in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung wird berichtet, dass Glanz „das Thema Judenverfolgung unter den Nationalsozialisten“⁸⁸ sehr wichtig sei und er es „groß“⁸⁹ schreibe.

Die in der Stiftung Wissenschaft und Politik arbeitende Israel-Expertin, Lidia Averbukh, „warnt vor undifferenzierten Wertungen der umstrittenen Gruppierung BDS“, da die Organisationen und Gruppen, die sich für die BDS-Kampagne engagieren, „ein Pool von verschiedenen Auffassungen [sei], die divergieren“⁹⁰. Ausdrücklich lobte sie, dass „man sich auch in Deutschland mit so sensiblen Themen wie der aktuellen Politik Israels gegenüber den Palästinensern“⁹¹ auseinandersetze.

Antwort des Niedersächsischen Kultusministeriums namens der Landesregierung
Vorbemerkung der Landesregierung: *Das Kultusministerium nimmt die gegen die Lehrkraft erhobenen Vorwürfe sehr ernst. Diese hatte sich in einem Artikel einer GEW-Zeitschrift kritisch mit der Politik des Staates Israel auseinandergesetzt und insbesondere Einzelfälle des Umgangs mit dort lebenden Palästinensern für unangemessen erachtet.*

Die Landesschulbehörde hat in Abstimmung mit dem Kultusministerium die bekanntgewordenen Vorwürfe eingehend und sehr sorgfältig geprüft. Dabei sind rechtsstaatliche Prinzipien wie u. a. die schutzwürdigen persönlichen Belange der

Betroffenen und die Fürsorgepflicht gegenüber Landesbediensteten zu beachten gewesen. Abwägungen im Spannungsfeld zwischen den Pflichten von Beamten wie dem Mäßigungsgebot und der politischen Neutralität einerseits und der Meinungsfreiheit andererseits waren hier vorzunehmen. In dem in Rede stehenden Artikel sind Aussagen zum Judentum nicht enthalten. Weiteren vermeintlich antisemitischen Vorwürfen ist, soweit in ihrer Pauschalität möglich, nachgegangen worden. Die Prüfung hat ergeben, dass die gegen die Lehrkraft erhobenen Vorwürfe sich bislang als nicht substantiiert erwiesen haben.



Emblem der BDS-Bewegung

Gleichwohl sind mit der Lehrkraft angesichts der politischen Komplexität und der historischen Bedeutsamkeit gerade des Nahostkonflikts sensibilisierende Personalgespräche geführt worden. Dabei wurde ausdrücklich auf die beamtenrechtlichen Pflichten zur Mäßigung und Zurückhaltung bei politischer Betätigung wie zum Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung hingewiesen. Die Gespräche verliefen nach Einschätzung der Behörde sehr sachlich und offen.

Es ist anzumerken, dass es bisher weder seitens der Schulleitung bzw. Schulverwaltung noch seitens der Schüler- und Elternschaft Beschwerden gegeben hat, die betreffende Lehrkraft habe sich politisch unangemessen geäußert oder verhalten. Die Lehrkraft wird durch die Kolleginnen und Kollegen der Schule geschätzt.

Hildesheim: Rücktritte nach Kritik an Lehrbeauftragter

Auch an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) gab es 2016 eine massive Kampagne mit Antisemitismus-Vorwürfen gegen ein Seminar und schließlich gegen die gesamte Hochschule. Die Kampagne gipfelte in einer Art öffentlichem Tribunal und führte im September 2016 zum Rücktritt der Dekanin, Prof. Christa Paulini, die das inkriminierte Seminar zur Lage palästinensischer Jugendlicher verantwortet hatte wie später auch zum Rücktritt der HAWK-Präsidentin Prof. Christiane Dienel.⁹²

Die Lehrbeauftragte, die das Seminar durchführte, hat nicht nur ihre Lehraufträge an der HAWK verloren, sondern auch ihre Arabisch-Sprachkurse an der HAWK und an der Uni Hildesheim. Nur bei der VHS darf sie derzeit noch Sprachkurse anbieten, soll sich allerdings schriftlich verpflichten, keine politischen Statements zu äußern. Weil neben dem Antisemitismus-Vorwurf auch Kritik an unzureichenden wissenschaftlichen Standards geäußert wurde, gab die Hochschule ein Gutachten in Auftrag. Im November 2016 stellte die Direktorin des Zentrums für Antisemitismusforschung dieses Gutachten vor; sie bescheinigte der HAWK eine mangelhafte Qualitätssicherung und forderte eine Verbesserung des Qualitätsmanagements in der Lehre.⁹³ Da das Gutachten aber geheim ist, ist nicht bekannt, welche Schlussfolgerungen im Einzelnen gezogen werden.

Bayreuth: Preisverleihung trotz starkem Druck

Die Diskreditierung und Diffamierung von Friedensaktivist*innen und Wissenschaftler*innen durch unhaltbare Antisemitismus-Vorwürfe ist nicht auf Deutschland beschränkt, sondern es scheint sich um eine internationale Strategie zu handeln. So werden z.B. die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) sowie die US-amerikanische Aktivistinnen-Gruppe Code Pink, die sich neben dem Kampf gegen Drohnen auch für Frieden in Israel-Palästina einsetzt, verleumdet.

Nach heftiger Polemik und Schreiben an hochrangige Stadtverantwortliche erhielt die angefeindete US-Frauen-Friedensorganisation Code Pink dennoch den Toleranzpreis der Stadt Bayreuth.⁹⁴ In der Jerusalem Post verbreitete Benjamin Weinthal das Gerücht, die Gruppe habe den Holocaust gelehnet und berief sich auf den NGO-Monitor, um die renommierte US-Friedensorganisation zu diffamieren⁹⁵. In dem Weinthal-Artikel wird deutlich, wie Druck auf die Stadt aufgebaut wurde. Auch die Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe des Bundestages wandte sich in einem Schreiben an die Oberbürgermeisterin und den Stadtrat der Stadt Bayreuth, um die Preisverleihung doch noch zu verhindern. Unterzeichnet wurde das Schreiben vom Vorstand der Parlamentariergruppe.

Die deutsche Sektion der WILPF (Women's International League for Peace and Freedom) in München musste allerdings auf den Anita-Augspurg-Preis nach einer ähnlichen Kampagne verzichten. Besondere Ironie: Der Preis ist nach einer der Gründerinnen der Organisation benannt.

Halle: Protest gegen den Auftritt Norman Finkelsteins

Ein außergewöhnlicher Fall von Angriffen gegen die Redefreiheit sind die Reaktionen auf die Einladung von Norman Finkelstein durch das Max-Planck-Institut in Halle im Januar 2017. Mit schwarzer Farbe wurde an die Außenmauer des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung geschrieben: „Kein Podium für Antisemiten!“⁹⁶. Der Politikwissenschaftler Norman Finkelstein war Gast im Institut, um „Vorträge zu halten, an Workshops teilzunehmen und mit den Doktoranden zu diskutieren“⁹⁷. Finkelstein war auf Einladung der Direktorin des Instituts, Marie-Claire Foblets, in Halle. Foblets begründete die Einladung mit folgenden Worten: „Ich habe an ihn gedacht, weil er ein Wissenschaftler ist, der sehr dokumentiert zu seinem Thema forscht, der sehr offensteht für Diskussionen, der es auch gewöhnt ist, sich in kontroverse Diskussionen einzumischen, der von vielen sehr stark kritisiert wird“⁹⁸.



Gegen die Einladung von Norman Finkelstein demonstrierten 30 Menschen vor dem Institut und „[kritisierten] seine Haltung gegenüber Israel“⁹⁹. Sie stellten als „zentrale Forderung [...] die Ausladung Finkelsteins“¹⁰⁰ und forderten „Solidarität mit Israel“¹⁰¹.

Veranstaltung AK Nahost an der Uni Leipzig, die so massiv gestört wurde, dass die Organisatoren in eine Kneipe umzogen, in der die Veranstaltung ohne Behinderung durchgeführt werden konnte. Foto: A. Groth

In einer Pressemitteilung der AG Antifa des Studierendenrats wurde Finkelstein vorgeworfen, dass er „das Gedenken an Auschwitz als Holocaust-Industrie bezeichnet“¹⁰² habe. Die Forderung nach einer Ausladung von Finkelstein wurde auch von der Jüdischen Gemeinde Halle¹⁰³, der Initiative „Halle gegen Rechts – Bündnis für

Zivilcourage¹⁰⁴ und dem „Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus Leipzig“¹⁰⁵ unterstützt. Auch der Sprecher von „Halle gegen Rechts“, Wanja Seifert, forderte: „Dieser Vortrag muss abgesagt werden!“¹⁰⁶.

Dem Protest vorausgegangen war, wie so häufig, ein Artikel in der israelischen Jerusalem Post, der für „internationale Aufmerksamkeit“¹⁰⁷ sorgte. Gegen den Vortrag von Finkelstein gab es „aus dem In- und Ausland Proteste wie vom Simon Wiesenthal Center, dem Berliner Büro des American Jewish Committee, B'nai British Canada und von Alan Dershowitz, der dem Max-Planck-Institut in der Jerusalem Post vorwarf, Finkelstein nicht trotz, sondern wegen seiner Positionen eingeladen zu haben“¹⁰⁸. Selbst der frühere amerikanische Präsidentschaftskandidat der Republikaner, Marco Antonio Rubio, hat sich in der Jerusalem Post zur Einladung geäußert: „Es ist eine Schande, dass das Max Planck Institut dem anti-israelischen Autor Finkelstein eine Plattform gibt, einem Unterstützer der terroristischen Hisbollah“¹⁰⁹.

Volker Beck, Bundestagsabgeordneter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte, dass sich „auch Wissenschaftsministerin Johanna Wanka (CDU) mit der Einladung des umstrittenen amerikanisch-jüdischen Wissenschaftlers Norman Finkelstein an das halleche Max-Planck-Institut für Ethnologie beschäftigen“¹¹⁰ müsse.

Auch der Landtagsabgeordnete der Partei DIE LINKE in Sachsen-Anhalt, Hendrik Lange, kritisierte, dass „Finkelstein hoch umstritten“¹¹¹ sei und „als Kronzeuge der Rechten regelmäßig benutzt wird“¹¹². Lange führte weiter aus, dass er „ihn nicht eingeladen“¹¹³ hätte. Auf die Frage des Mitteldeutschen Rundfunks, wie es mit der wissenschaftlichen Freiheit stehe und ob man Finkelstein nicht einladen könne, führte Lange aus, dass man „natürlich das machen [könne], aber dann müsse auch Kritik daran erlaubt sein“¹¹⁴.

Wie häufig bei Veranstaltungen, die sich kritisch mit der Regierungspolitik Israels auseinandersetzen, wurde auch in Halle physische Gewalt eingesetzt. Protestierende sind mit Farbbeutelwürfen gegen den Vortrag vorgegangen¹¹⁵, die Arbeitsgemeinschaft Antifa (AG) des Studierendenrats wies „eine Beteiligung an Farbbeutelwürfen“¹¹⁶ jedoch zurück.

Für die Durchführung der Veranstaltung mit Finkelstein hat die „Bundesregierung das Max-Planck-Institut in Halle gerügt“¹¹⁷. In einer Antwort der Bundesregierung

durch den Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Thomas Rachel, auf eine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte die Bundesregierung, dass sie „die öffentliche Darstellung der Veranstaltungen kritisch“¹¹⁸ bewerte.

Welche Blüten die Presseberichterstattung treibt, kann man an einem Artikel von Matthias Meissner im Tagesspiegel sehen, in dem er über den „Auftritt von Israel-Hasser Norman Finkelstein in Halle“¹¹⁹ schreibt. Auch die Welt titelte „Max-Planck-Institut bietet Israel-Hasser ein Podium“¹²⁰. Eine seriöse Berichterstattung sieht anders aus.

Evangelische Akademie Tutzing: Ausgewogen ist nicht ausgewogen genug

Wie weit der Einfluss der Befürworter*innen der israelischen Regierungspolitik reicht, zeigt die kurzfristige Absage einer „lange geplante[n] und hochkarätig besetzte[n] Konferenz zum Nahostkonflikt“¹²¹. Die Evangelische Akademie in Tutzing hatte zu einer Tagung eingeladen, „Nahostpolitik im Spannungsdreieck – Israelisch-palästinensische Friedensgruppen als Lernorte für deutsche Politik?“¹²². Die Veranstaltung sollte von der Akademie in Zusammenarbeit mit der „Petra-Kelly-Stiftung und der Münchner Evangelischen Stadtakademie“¹²³ durchgeführt werden.

Offizieller Grund war nach Aussage des Direktors der Akademie, Udo Hahn, dass es angeblich nicht gelungen sei, „alle für das Thema maßgeblichen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner in angemessener Zahl zu gewinnen“¹²⁴. Diese Argumentation ist mehr als zweifelhaft, denn „mit Intellektuellen wie dem Historiker Moshe Zimmermann und Lizzie Doron, palästinensischen und israelischen Menschenrechtlern, deutschen Politikern wie Volker Beck (Grüne) und Ruprecht Polenz (CDU) sowie offiziellen Vertretern beider Seiten war die Tagung ausgewogen besetzt“¹²⁵. Weiter führt Udo Hahn aus, dass die „Evangelische Akademie Tutzing [...] einen Raum für den unvoreingenommenen Diskurs“¹²⁶ biete und sie ihre Aufgabe darin sehe, eine „Suche nach Lösungen von Themen und Konflikten zu fördern“¹²⁷. Das jüdische Wochenmagazin „tachles“ weist darauf hin, dass die „Teilnehmer hochkarätig – aber vorwiegend bekannt als Kritiker der israelischen Besetzung des Westjordanlands“¹²⁸ seien.

In der Facebook-Gruppe „Israel + Shalom“¹²⁹ wird durch ein Mitglied der Gruppe gepostet: „Wir haben einen wichtigen Etappensieg errungen“¹³⁰. Weiter wird der

Evangelischen Akademie vorgeworfen, dass „man [...] den Veranstaltern den Vorwurf der [...] mindestens indirekten Unterstützung der BDS-Bewegung“¹³¹ machen müsse. Ein weiteres Mitglied wirft den Veranstaltern „Anti-Israel-Propaganda“ vor¹³². Die Süddeutsche Zeitung kommentiert die Absage damit, dass dies „der nächste Fall einer Veranstaltung [ist], bei der bereits im Vorfeld Antisemitismus-Vorwürfe erhoben werden“¹³³ und betont, dass doch „Vertreter von vier israelisch-palästinensischen Friedensgruppen eingeladen“¹³⁴ seien.

Die eingeladenen Referent*innen reagieren mit Unverständnis auf die Absage: „Mehr als ein Dutzend der Referenten protestiert in einem offenen Brief an die Akademie und den bayerischen Landesbischof: Es handle sich, schreiben sie, um ‚einen weiteren Versuch‘, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen“¹³⁵. In dem Brief wird weiter darauf hingewiesen, dass „die Begründung für die Absage [...] vermuten [lässt], dass sich unsere deutschen Gastgeber an die Haltung der israelischen Politik angepasst haben, die die Befürworter des Friedens für illegitim hält. Das betrübt und schockiert uns. Statt von Europa aus die Friedensbemühungen zu unterstützen, wird hier den Hardlinern nachgegeben“¹³⁶.

Frankfurt: Bürgermeister Becker urteilt falsch über die BDS-Bewegung

Am 09. und 10.06.2017 soll in Frankfurt am Main eine Konferenz vom Deutschen Koordinationskreis Palästina Israel (KoPI) unter dem Titel „50 Jahre israelische Besatzung - Unsere Verantwortung für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts“¹³⁷ stattfinden. Auch gegen diese Veranstaltung wird offensiver Widerstand von den Unterstützer*innen der israelischen Regierungspolitik organisiert. Nachdem die Veranstaltung durch KoPI bekannt gemacht worden war, erhielt das Frankfurter Ökohaus „Mails aus Kanada, den USA, Südafrika mit Beschimpfungen und Diffamierungen, es würde sich angeblich mit Nazis einlassen“¹³⁸.

Auch der Bürgermeister von Frankfurt, Uwe Becker (CDU), kritisierte das Frankfurter Ökohaus, „weil es dem Deutschen Koordinationskreis Palästina Israel (KoPI) seine Räume für die Tagung vermietet hatte“¹³⁹. Becker behauptete, „es handele sich um eine antijüdische, antisemitische Veranstaltung“¹⁴⁰ und setzte nach Aussage von Matthias Jochheim von der IPPNW den „Träger unter Druck, den Vertrag [...] zu kündigen“¹⁴¹. Weiter kritisierte Becker, dass KoPI „für die Unterstützung der antisemitischen BDS-Bewegung bekannt“¹⁴² sei und warf ihnen

vor, dass die Bewegung eine „zutiefst antisemitische Stimmungsmache“¹⁴³ benutze und „die gleiche Sprache wie die Nationalsozialisten“¹⁴⁴ spreche. Becker verstieg sich weiter zu der Aussage, dass „eine solche Veranstaltung [...] in Frankfurt nichts verloren“¹⁴⁵ habe und warb damit offen für die Einschränkung des Rechts auf Meinungsfreiheit. Die Eskalation durch die Unterstützer*innen der israelischen Regierungspolitik ging so weit, dass in „Mails und anonymen Telefonaten [...] mit Gewalt gedroht“¹⁴⁶ wurde.

Leo Latasch, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, forderte das Ökohaus ganz offen zum Vertragsbruch auf und erklärte, es wäre „das eleganteste, wenn die Räume nicht vermietet würden“¹⁴⁷. Er fände es „unmöglich, dass sich auf der Tagung Menschen zu Wort äußern wollen, die offen zum Boykott israelischer Waren aufrufen“¹⁴⁸.

Moshe Zuckermann weist in einer Stellungnahme zur Absage der Vermietung von Räumlichkeiten für die Veranstaltung durch das Frankfurter Ökohaus darauf hin, dass „eine Welle von Hass-Mails aus aller Welt und eine Diffamierungskampagne, deren Urheber auch vor Gewaltandrohungen nicht zurückschrecken“¹⁴⁹ dazu geführt habe, den „Vertrag mit den Organisatoren zu annullieren und der Forderung nach einem Raumverbot nachzugeben“.

Aufgrund der massiven Angriffe zog das Ökohaus seine Zusage kurzfristig zurück.¹⁵⁰ Der Leiter des Hauses sagte der Frankfurter Rundschau, er „sei nun besorgt um die Sicherheit im Tagungszentrum“¹⁵¹. Die Veranstalter haben gegen diese vertragswidrige, aus politischen Gründen erfolgte Kündigung Klage eingereicht.¹⁵²

Nachdem das Frankfurter Amtsgericht per Einstweiliger Verfügung am 04. Mai 2017 entschied, dass das Ökohaus seine Räume wie vereinbart an den Deutschen Koordinationskreis Palästina Israel vermieten muss, kann diese Veranstaltung nun doch stattfinden.

Auch die Geschehnisse in Frankfurt zeigen einmal mehr, dass Kritiker*innen der israelischen Regierungspolitik massiv bedroht werden, durch Gewaltandrohungen demokratische Meinungsäußerungen eingeschränkt werden sollen und gleichzeitig die Verantwortlichen in den kommunalen und staatlichen Institutionen sich nicht hinter die in ihren demokratischen Rechten eingeschränkten stellen, sondern der angebotenen Gewalt nachgeben und sogar gegen die Bedrohten demonstrieren¹⁵³.

Hamburg: Diffamierung des Anti-Apartheid-Kämpfers Prof. Farid Esack

Eine bemerkenswerte Kampagne gab es Anfang 2017 gegen den namhaften südafrikanischen Islamwissenschaftler Prof. Farid Esack, der im Wintersemester 2016/2017 einen Lehrauftrag an der Akademie der Weltreligionen an der Universität Hamburg erhielt. Die Akademie hat sich inzwischen davon distanziert, Prof. Esack die Position als Gastprofessor angeboten zu haben.

Höhepunkt dieser Kampagne war ein Antrag der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, mit dem sie BDS als antisemitisch desavouieren und verbieten lassen wollte. Wenn dieser Antrag angenommen worden wäre, wäre zum ersten Mal in der bundesdeutschen Geschichte von einem (Landes-)Parlament eine gewaltlose Form des Widerstandes der palästinensischen Zivilgesellschaft verurteilt worden; BDS -Aktivist*innen wären dadurch kriminalisiert worden.

In einer Stellungnahme erklärte Farid Esack am 11. 01. 2017:

„Ich bin Religionswissenschaftler oder genauer gesagt Professor für islamische Studien. Ich habe akademische Positionen in Südafrika, Deutschland und den USA bekleidet und in der ganzen Welt Vorlesungen über Religion, den Islam und Politik gehalten.

Ich habe aktiv am Kampf gegen die Apartheid teilgenommen und mich aus Prinzip ununterbrochen um Gendergerechtigkeit bemüht, als Umweltaktivist gewirkt und den Kampf gegen Rassismus sowie den Kampf der Palästinenser gegen die israelische Apartheid unterstützt.

Ich und zahlreiche Aktivisten werden zunehmend bezichtigt, Antisemiten zu sein, wenn wir Vorträge zur Unterstützung des palästinensischen Kampfes und der internationalen BDS-Bewegung halten. [...]

Im vergangenen Jahr gerieten die Organisatoren meiner Vortragstour an verschiedenen französischen Universitäten unter immensen Druck, die Vorträge abzublasen. Ohne Erfolg. Aber die Unterstellung, Antisemit zu sein wurde neuerdings auch in Deutschland gegen mich erhoben. [...]

Rassismus kann verschiedene Formen annehmen – und in dem Ausmaß, in dem viele Juden (und andere) sich selbst als Rasse betrachten, kann die Ablehnung alles

Jüdischen als Rassismus beschrieben werden. Diese Form des Rassismus war während eines großen Teils der Geschichte des Christentums besonders tief verwurzelt und abscheulich.

Obwohl die antijüdische Gesinnung in muslimischen Gesellschaften niemals das barbarische Ausmaß erreichte wie in Europa, wo sie in der Ermordung von rund 6 Millionen Juden kulminierte, machten sich etliche muslimische Gesellschaften ebenfalls der antijüdischen Diskriminierung schuldig, und leider ist antijüdischer Rassismus unter Muslimen auch heute nicht ungewöhnlich. Als Muslim habe ich immer wieder mein Bedauern und meinen Ärger darüber zum Ausdruck gebracht, habe diesen Rassismus als Aktivist verurteilt und als Akademiker darüber geschrieben. Ferner habe ich eine Kampagne gegen muslimischen Antisemitismus initiiert. [...]



Prof. Farid Esack Foto: bds-kampagne.de

BDS-Südafrika arbeitet mit Mitgliedern aller Gemeinschaften, einschließlich der jüdischen Gemeinschaft in Fragen der Gerechtigkeit und der Befreiung der Palästinenser zusammen. Sie ist Teil einer internationalen und gewaltfreien Bewegung für die Befreiung – ja, hauptsächlich die Befreiung der Palästinenser. [...] Diese Bewegung und ihre Vertreter als Antisemiten zu beschreiben ist weder korrekt noch im Interesse des Kampfes gegen Rassismus, Unterdrückung und Ungerechtigkeit“¹⁵⁴.

- ¹⁰ Karin Leukefeld, Die fünfte Gewalt, in: Junge Welt, a.a.O.
- ¹¹ Ebd.
- ¹² Karin Leukefeld, Werbekampagne: Suche nach »Verbündeten«, in: Junge Welt, 14.01.2011, siehe: <https://www.jungewelt.de/artikel/157429.werbekampagne-suche-nach-verb%C3%BCndeten.html>
- ¹³ Ebd.
- ¹⁴ Ebd.
- ¹⁵ Ebd.
- ¹⁶ Ebd.
- ¹⁷ Ebd.
- ¹⁸ Ebd.
- ¹⁹ Ebd.
- ²⁰ Human Rights Defenders, Attacks against Al-Haq's representative in Europe, Ms. Nada Kiswanson, in: fidh – Worldwide Movement for Human Rights, 11.08.2016, siehe: <https://www.fidh.org/en/issues/human-rights-defenders/attacks-against-al-haq-s-representative-in-europe-ms-nada-kiswanson>
- ²¹ Thielko Grief, Kritiker der Israel-Politik. "Ich spüre Hass", in Deutschlandfunk, 24.07.2014, siehe: http://www.deutschlandfunk.de/kritiker-der-israel-politik-ich-spuere-hass.694.de.html?dram:article_id=292583
- ²² Ohne Autor, Israeli official discusses how to discredit UK MPs in undercover footage – video, in: the guardian, 07.01.2017, siehe: <https://www.theguardian.com/uk-news/video/2017/jan/07/israeli-official-shai-masot-discredit-uk-mps-undercover-video>
- ²³ Ian Cobain und Ewen MacAskill, Israeli diplomat caught on camera plotting to 'take down' UK MPs, in: the guardian, 07.01.2017, siehe: <https://www.theguardian.com/uk-news/2017/jan/07/israeli-diplomat-shai-masot-caught-on-camera-plotting-to-take-down-uk-mps>
- ²⁴ Zoé Sona, Finkelstein darf sprechen, a.a.O.
- ²⁵ Uwe Kalbe, Luxemburg-Stiftung setzte Israel-Kritiker vor die Tür, in: Neues Deutschland, 19.02.2010, veröffentlicht in: AG Friedensforschung, siehe: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Rassismus/finkelstein.html>
- ²⁶ Ebd.
- ²⁷ Zoé Sona, Finkelstein darf sprechen, a.a.O.
- ²⁸ Ebd.
- ²⁹ Ebd.
- ³⁰ Ebd.
- ³¹ Ebd.
- ³² Ebd.
- ³³ Ebd.
- ³⁴ Rolf Verleger, Zusage zurückgezogen, in Junge Welt, 19.02.2010, veröffentlicht in: AG Friedensforschung, siehe: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Rassismus/finkelstein.html>
- ³⁵ Rolf Verleger, Absage: Finkelstein kommt nicht, ohne Datum, in: AG Friedensforschung, siehe: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Rassismus/finkelstein.html>
- ³⁶ Stefan Kunath, Ein neues Asyl für Finkelstein, in: Jungle World Nr. 47, 25.11.2010, siehe: <http://jungle-world.com/artikel/2010/47/42157.html>
- ³⁷ Matthias Meisner, Linke streitet wieder über Israel, in: Der Tagesspiegel, 25.02.2010, siehe: <http://www.tagesspiegel.de/politik/holocaust-linke-streitet-wieder-ueber-israel/1690256.html>
- ³⁸ Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dagdelen, Wolfgang Gehrcke, Norman Paech, Werner Ruf, Sagra Wagenknecht, Offener Brief an die Verantwortlichen in der Rosa-Luxemburg Stiftung, in: AG Friedensforschung, siehe: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Rassismus/finkelstein.html>
- ³⁹ Ebd.
- ⁴⁰ Stfn., Debatte ja – Antisemitismus nein, in: shalom – Plattform gegen Antisemitismus, Antizionismus, Antiamerikanismus und regressiven Antikapitalismus innerhalb der linksjugend [solid], 07.03.2010, siehe: <http://bak-shalom.de/index.php/2010/03/07/debatte-ja-%E2%80%93-antisemitismus-nein/>
- ⁴¹ Timo Koch, Israelhetze mit Lehrauftrag an der Berliner Uni?, in: Jüdische Rundschau, 27.04.2017, siehe: <http://juedischerundschau.de/israelhetze-mit-lehrauftrag-an-der-berliner-uni-135910694/>

⁴² Ohne Autor, Israelhetze mit Lehrauftrag an Berliner Uni?, in: boasinfo - facts, info, opinion, 25.12.2016, siehe: <https://boasinfo.wordpress.com/2016/12/25/israelhetze-mit-lehrauftrag-an-berliner-uni/>

⁴³ Dominik Mai, FU Berlin: Studierende werfen Lehrbeauftragter Antisemitismus vor, in: Berliner Zeitung, 11.01.2017, siehe: <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/fu-berlin-studierende-werfen-lehrbeauftragter-antisemitismus-vor-25519448>

⁴⁴ GEGEN JEDEN ANTISEMITISMUS FU BERLIN, Schreiben an das Präsidium der FU, in: Facebook, 10.01.2017, siehe: <https://www.facebook.com/notes/gegen-jeden-antisemitismus-fu-berlin/schreiben-an-das-pr%C3%A4sidium-der-fu/610365752482738>

⁴⁵ vgl. Stellungnahme der Geschäftsführung des Otto-Suhr-Instituts zu den Vorwürfen gegen die Lehrbeauftragte Roldan Mendivil und Blog Lower Class Magazin v. 12.1.2017: Rechter Angriff auf kritische Wissenschaftlerin an der FU Berlin, siehe:

http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/_elemente_startseite/4spalten_links/Material/Stellungnahme-zum-Vorwurf-Antisemitismus_09_01_17.pdf

⁴⁶ Caspar Schmidt, Die Stadt München zeigt Ilan Pappé' die rote Karte. In haGalil.com, 26.10.2009, siehe: <http://www.hagalil.com/2009/10/pappe/>

⁴⁷ Jakob Wetzel, Knobloch verliert vor Gericht, in: Süddeutsche Zeitung, 30.11.2016, siehe:

<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/antisemitismus-streit-knobloch-verliert-vor-gericht-1.3273975>

⁴⁸ Ohne Autor, Über Antisemitismus auf der 21. Linken Literaturmesse in Nürnberg – ein offener Brief, in: Watch: Antisemitismus in Nürnberg, siehe: <https://www.facebook.com/AntisemitismusNBG>, Post des offenen Briefes siehe auch:

<https://www.facebook.com/AntisemitismusNBG/posts/1778622835726842>

⁴⁹ Nürnberger Evangelisches Forum für den Frieden, Eklat im eckstein – NEFF wird an die Kette gelegt, 02/2015, siehe: http://nuernberg.vvn-bda.de/wp-content/uploads/sites/18/2015/02/Eklat_im_eckstein_01.pdf und http://nuernberg.vvn-bda.de/wp-content/uploads/sites/18/2015/02/Eklat_im_eckstein_02.pdf

⁵⁰ Bernd Schlegel, Umstrittene Nakba-Ausstellung: Uni Göttingen verschiebt Schau, in hna.de, 14.11.16, siehe: <http://www.hna.de/lokales/goettingen/goettingen-ort28741/nakba-ausstellung-universitaet-goettingen-verschiebt-umstrittene-schau-6975454.html>,

Angela Brünjes, Nakba-Ausstellung öffnet später, in Göttinger Tagesblatt, 28.10.2016, siehe:

<http://www.goettinger-tageblatt.de/Campus/Goettingen/Nach-Studentenprotest-Nakba-Ausstellung-in-Goettingen-oeffnet-spaeter;>

vgl. AJC fordert Absage der Ausstellung <http://www.hagalil.com/2016/11/goettingen-2> und schreibt einen verallgemeinernden Brief unter dem Titel „Ist der Israel-Hass auf dem Vormarsch in Niedersachsen?“ an Ministerpräsident Stephan Weil <http://ajcberlin.org/de/media/meinungen/ist-der-israel-hass-auf-dem-vormarsch-niedersachsen> (siehe Anhang)

⁵¹ Matthias Heinzl, Ausstellung zu Palästinensern eröffnet, in Göttinger Tagesblatt, 30.11.2016, siehe: <http://www.goettinger-tageblatt.de/Goettingen/Uebersicht/Statt-in-der-Universitaet-Praesentation-in-privater-Galerie>

⁵² http://www.lib-hilfe.de/infos_ausstellung_chrono.html

⁵³ Angela Brünjes, Studenten fordern Absage der Nakba-Ausstellung, in Göttinger Tagesblatt, 27.10.2016, siehe: <http://www.goettinger-tageblatt.de/Campus/Goettingen/Studenten-fordern-Absage-der-Nakba-Ausstellung>

⁵⁴ <http://www.fsr-sowi.de/184>

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ <http://www.kalender.goettingen.de/site/1/index.php?tid=1890119&member=2>

⁵⁷ Bernd Schlegel, Antisemitismus-Vorwurf: Palästina-Reihe an Uni sorgt für Diskussion, in hna.de, 27.10.16, siehe: <http://www.hna.de/lokales/goettingen/goettingen-ort28741/antisemitismus-vorwurf-palaestina-reihe-sorgt-diskussionen-6912183.html>

⁵⁸ Christoph Glanz, Ein Fall für Medien und Gerichte: Der Lehrer Christoph Glanz, in: Globalisierung meets Oldenburg, Nr. 99, Sept. 2016, Hrsg. GEW Oldenburg-Stadt.

⁵⁹ Ohne Autor, Oldenburg: Antisemitischer Lehrer stachelt Migrantenkinder zu Gewalt gegen Israel an,

in: Politically Incorrect, 16.10.2016, siehe: <https://www.pi-news.net/2016/10/oldenburg-antisemitischer-lehrer-stachelt-migrantenkinder-zu-gewalt-gegen-israel-an/>

⁶⁰ Marco Carini, Das böse A-Wort vor Gericht, in taz, 10.09.2016, S. 57.,
siehe: <http://www.taz.de/!5334845/>

⁶¹ Christoph Glanz, Ein Fall für Medien und Gerichte: Der Lehrer Christoph Glanz, a.a.O.
⁶² Ebd.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Christoph Glanz, Ein Fall für Medien und Gerichte: Der Lehrer Christoph Glanz, a.a.O.

⁶⁵ Ohne Autor, Kritik an Gericht nach Vergleich, NWZ online, 01.02.2017, siehe:
http://www.nwzonline.de/oldenburg/kritik-an-gericht_a_31,2,1291263444.html

⁶⁶ Ohne Autor, Oldenburger Lehrer Christoph Glanz Israel-Kritik oder Antisemitismus?, NWZ online, 11.10.2016, siehe: http://www.nwzonline.de/oldenburg/bildung/schulbehoerden-pruefen-vorwuerfe-gegen-lehrer-glanz_a_31,1,2036173802.html

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Christoph Glanz, Ein Fall für Medien und Gerichte: Der Lehrer Christoph Glanz, a.a.O.

⁷¹ Ebd., siehe auch Einladung zur Veranstaltung am 18.05.2016, Ronnie Barkan von ‚Boycott from Within‘, <http://bds-kampagne.de/2016/05/05/oldenburg-18-05-2016-ronnie-barkan-von-boycott-from-within/>

⁷² Ebd. siehe auch: Stadt Oldenburg beugt sich anonymen Drohungen gegen israelischen BDS-Aktivisten, in: Institut für Palästinakunde (IPK), 18.05.2016, siehe:
<http://ipk-bonn.de/gesellschaft/zensur/news/2016051800.html>, auch: ohne Autor, Verwaltungsgericht stoppt Vortrag, in: NWZ online, 19.05.2016, siehe:

http://www.nwzonline.de/oldenburg/verwaltungsgericht_a_31,0,436157147.html

⁷³ Christoph Glanz, Ein Fall für Medien und Gerichte: Der Lehrer Christoph Glanz, a.a.O.

⁷⁴ Ohne Autor, Verwaltungsgericht stoppt Vortrag, a.a.O.

⁷⁵ Christoph Kiefer, Empörung über Israel-Kritik, in: NWZ online, 08.09.2016, siehe:

http://www.nwzonline.de/oldenburg/bildung/empoeerung-ueber-israel-kritik_a_31,1,492626960.html

⁷⁶ Christoph Kiefer, Empörung über Israel-Kritik, a.a.O.

⁷⁷ Ohne Autor, Israel-Kritik oder Antisemitismus?, in: NWZ online, 11.10.2016, siehe: [nwzonline.de/oldenburg/bildung/schulbehoerden-pruefen-vorwuerfe-gegen-lehrer-glanz_a_31,1,2036173802.html](http://www.nwzonline.de/oldenburg/bildung/schulbehoerden-pruefen-vorwuerfe-gegen-lehrer-glanz_a_31,1,2036173802.html)

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ Christoph Kiefer, Empörung über Israel-Kritik, a.a.O.

⁸¹ Ohne Autor, Israel-Kritik oder Antisemitismus?, a.a.O.

⁸² Ebd.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Christoph Kiefer, Empörung über Israel-Kritik, a.a.O.

⁸⁵ Ohne Autor, Israel-Kritik in Oldenburg: Gewerkschaft stellt sich hinter Lehrer Glanz, in: NWZ online, 15.10.2016, siehe: https://www.nwzonline.de/oldenburg/politik/gewerkschaft-stellt-sich-hinter-lehrer-glanz_a_31,1,2218183216.html

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ Michael B. Berger, Israel-Kritik von Lehrer sorgt für Proteste, in: Hannoverische Allgemeine, 03.11.2016, siehe:

<http://www.haz.de/Nachrichten/Der-Norden/Uebersicht/Israel-Kritik-von-Lehrer-Christoph-Glanz-sorgt-fuer-Proteste>

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ Ebd.

⁹² Angela Brünjes, Senat zieht Diemel-Empfehlung zurück, in: Göttinger Tageblatt, 2.11.2016, siehe:

<http://www.goettinger-tageblatt.de/Campus/Goettingen/Antisemitismus-Streit-hat-Folgen-fuer-HAWK-Praesidentin>

⁹³ Ohne Autor, Gutachten zum HAWK-Seminar: „Das hatte mit Wissenschaft nichts zu tun“, in Rundblick Niedersachsen, 14.11.2016, siehe: <https://www.rundblick-niedersachsen.de/gutachten-zum-hawk-seminar-das-hatte-mit-wissenschaft-nichts-zu-tun/>

⁹⁴ Wilhelmine-von-Bayreuth Preis für Toleranz und Humanität in kultureller Vielfalt

<http://www.br.de/nachrichten/oberfranken/inhalt/code-pink-preisverleihung-bayreuth-100.html>

⁹⁵ Benjamin Weinthal, German mayor opposes €10,000 award to anti-semitic group Code Pink, in The Jerusalem Press, 11.2.2016, siehe: <http://www.jpost.com/Diaspora/German-mayor-opposes-10000-award-to-anti-Semitic-group-Code-Pink-444609>

⁹⁶ Thomas Matsche, Solidarität mit Israel oder Freiheit der Wissenschaft?, in: mdr aktuell, 24.01.2017, siehe: <http://www.mdr.de/nachrichten/vermishtes/norman-finkelstein-halle-kritik-100.html>

⁹⁷ Ebd.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ Ohne Autor, Proteste am Max-Planck-Institut gegen Finkelstein-Vortrag, in: Du bist Halle, 17.01.2017, siehe: <http://dubisthalle.de/proteste-am-max-planck-institut-gegen-finkelstein-vortrag>

¹⁰¹ Bernd Lähne, Proteste gegen umstrittenen Politologen Finkelstein in Halle, in: Dresdner Neueste Nachrichten, 25.01.2017, siehe: <http://www.dnn.de/Mitteldeutschland/News/Proteste-gegen-umstrittenen-Politologen-Finkelstein-in-Halle>

¹⁰² Thomas Matsche, Solidarität mit Israel oder Freiheit der Wissenschaft?, a.a.O.

¹⁰³ Siehe: Ohne Autor, Proteste am Max-Planck-Institut gegen Finkelstein-Vortrag, a.a.O.

¹⁰⁴ Ohne Autor, „Halle gegen Rechts“ fordert Absage von Finkelstein-Vortrag, in: Du bist Halle, 18.01.2017, siehe: <http://dubisthalle.de/halle-gegen-rechts-fordert-absage-von-finkelstein-vortrag>

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Ohne Autor, Proteste am Max-Planck-Institut gegen Finkelstein-Vortrag, a.a.O.

¹⁰⁸ Ohne Autor, „Halle gegen Rechts“ fordert Absage von Finkelstein-Vortrag, a.a.O.

¹⁰⁹ Silvia Zöller, Protest: Breite Front gegen Finkelstein, in: Mitteldeutsche Zeitung, 23.01.2017, siehe: <http://www.mz-web.de/halle-saale/protest-breite-front-gegen-finkelstein-25598968>

¹¹⁰ Silvia Zöller, Norman Finkelstein in Halle: Bundestagsabgeordneter hält Einladung für eine „Schande“, in: Mitteldeutsche Zeitung, 23.01.2017, siehe: <http://www.mz-web.de/halle-saale/norman-finkelstein-in-halle-bundestagsabgeordneter-haelt-einladung-fuer-eine--schande--25595590>

¹¹¹ Thomas Matsche, Solidarität mit Israel oder Freiheit der Wissenschaft?, a.a.O.

¹¹² Ebd.

¹¹³ Ebd.

¹¹⁴ Ebd.

¹¹⁵ Siehe: ohne Autor, Antisemitismus-Vorwurf: Jüdischer Politologe wehrt sich gegen, in: Mitteldeutsche Zeitung, 19.01.2017, siehe: <http://www.mz-web.de/halle-saale/antisemitismus-vorwurf-juedischer-politologe-wehrt-sich-gegen-anfeindungen-25575038>

¹¹⁶ Ohne Autor, Umstrittener Gastredner AG Antifa distanziert sich von Farbbeutelwürfen, in: Mitteldeutsche Zeitung, 20.01.2017, siehe: <http://www.mz-web.de/halle-saale/umstrittener-gastredner-ag-antifa-distanziert-sich-von-farbbeutelwuerfen-25581784>

¹¹⁷ Matthias Meisner, Bundesregierung tadelt Max-Planck-Institut in Halle, in: Der Tagesspiegel, 28.03.2017, siehe: <http://www.tagesspiegel.de/politik/auftritt-von-israel-hasser-finkelstein-bundesregierung-tadelt-max-planck-institut-in-halle/19581002.html>

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ Alan Posener, Max-Planck-Institut bietet Israel-Hasser ein Podium, in: Die Welt, 23.01.2017, siehe: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article161430779/Max-Planck-Institut-bietet-Israel-Hasser-ein-Podium.html>

- ¹²¹ Daniel Bax, Kein Frieden in Tutzing, in: taz.de, 27.04.2017, siehe: <http://www.taz.de/!5402039/>
- ¹²² Ebd.
- ¹²³ Jakob Wetzel, Ausgewogen oder antisemitisch? Tagung zum Nahost-Konflikt abgesagt, in: Süddeutsche Zeitung, 21.04.2017, siehe: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/evangelische-akademie-tutzing-ausgewogen-oder-antisemitisch-tagung-zum-nahost-konflikt-abgesagt-1.3471508>
- ¹²⁴ Daniel Bax, Kein Frieden in Tutzing, a.a.O.
- ¹²⁵ Ebd.
- ¹²⁶ Udo Hahn, Evangelische Akademie Tutzing, Nachträgliche Information zur Veranstaltung „Nahostpolitik im Spannungsdreieck – Israelisch-palästinensische Friedensgruppen als Lernorte für deutsche Politik?“, ohne Datum, siehe: <http://www.ev-akademie-tutzing.de/veranstaltung/nahostpolitik-im-spannungsdreieck-israelisch-palaestinensische-friedensgruppen-als-lernorte-fuer-deutsche-politik/>
- ¹²⁷ Ebd.
- ¹²⁸ AM, Protest gegen Absage an der Akademie Tutzing, 20.04.2017, siehe: <https://www.tachles.ch/news/protest-gegen-absage-an-der-akademie-tutzing>
- ¹²⁹ Die Einträge der Facebook, Gruppe „Israel + Shalom“, siehe: <https://www.facebook.com/groups/1022074607886105/?fref=ts>
- ¹³⁰ Daniel Bax, Kein Frieden in Tutzing, a.a.O.
- ¹³¹ Ebd.
- ¹³² Ebd.
- ¹³³ Jakob Wetzel, Ausgewogen oder antisemitisch? Tagung zum Nahost-Konflikt abgesagt, a.a.O.
- ¹³⁴ Ebd.
- ¹³⁵ Ebd.
- ¹³⁶ Daniel Bax, Kein Frieden in Tutzing, a.a.O.
- ¹³⁷ Deutscher Koordinationskreis Palästina Israel, Konferenz, 09.-10.06.2017, Frankfurt: 50 Jahre israelische Besatzung, 12.01.2017, siehe: <https://www.kopi-online.de/wordpress/?p=3383>
- ¹³⁸ Interview mit Matthias Jochheim, »Von uns geht keine Gewalt aus«, in: Junge Welt, 30.03.2017, siehe: <https://www.jungewelt.de/artikel/308055.von-uns-geht-keine-gewalt-aus.html>
- ¹³⁹ Daniel Bax, Kein Frieden in Tutzing, a.a.O.
- ¹⁴⁰ Interview mit Matthias Jochheim, »Von uns geht keine Gewalt aus«, a.a.O.
- ¹⁴¹ Ebd.
- ¹⁴² Florian Leclerc, Entrüstung über Anti-Israel-Konferenz, in: Frankfurter Rundschau, 13.03.2017, siehe: <http://www.fr.de/frankfurt/oekohaus-entruesting-ueber-anti-israel-konferenz-a-1206244>
- ¹⁴³ Ebd.
- ¹⁴⁴ Ebd.
- ¹⁴⁵ Ebd.
- ¹⁴⁶ Interview mit Matthias Jochheim, »Von uns geht keine Gewalt aus«, a.a.O.
- ¹⁴⁷ Daniel Bax, Kein Frieden in Tutzing, a.a.O.
- ¹⁴⁸ Florian Leclerc, Entrüstung über Anti-Israel-Konferenz, a.a.O.
- ¹⁴⁹ Moshe Zuckermann, Deutsche Abgründe, in: Melodie Rhythmus, ohne Datum, siehe: <http://www.melodieundrhythmus.com/mr-aktuell/deutsche-abgruende/>
- ¹⁵⁰ Siehe: Daniel Bax, Kein Frieden in Tutzing, a.a.O.
- ¹⁵¹ Florian Leclerc, Entrüstung über Anti-Israel-Konferenz, a.a.O.
- ¹⁵² Ebd.
- ¹⁵³ Siehe: fle, Der Bürgermeister demonstriert, in: Frankfurter Rundschau, 14.03.2017, siehe: <http://www.fr.de/frankfurt/israelkritische-konferenz-der-buergermeister-demonstriert-a-1213858>
- ¹⁵⁴ Farid Esack, Antisemitismus und der Kampf der Palästinenser um Gerechtigkeit, 12.02.2012, siehe: <http://bds-kampagne.de/2017/02/12/1-stellungnahme-von-farid-esack-antisemitismus-und-der-kampf-der-palaestineser-um-gerechtigkeit/>

Kontroversen über BDS

Die CDU hat auf ihrem Parteitag in Essen im Dezember 2016 einen Antrag der Frankfurter CDU verabschiedet, in dem die BDS-Bewegung als „plump antisemitisch“ bezeichnet wird:

„[...] Wer heute unter der Fahne der BDS-Bewegung zum Boykott israelischer Waren und Dienstleistungen aufruft, der spricht in der gleichen Sprache, in der man einst die Menschen dazu aufgerufen hat, nicht bei Juden zu kaufen. Dies ist nichts anderes als plumper Antisemitismus, wie ihn schon die Nationalsozialisten instrumentalisiert haben. Mit BDS kommt der Antisemitismus als Antizionismus daher, doch auch in neuen Kleidern des 21. Jahrhunderts bleibt Judenfeindlichkeit Judenfeindlichkeit. Daher müssen alle notwendigen Anstrengungen darauf gerichtet werden, dieser Form des Antisemitismus und der aggressiven Feindlichkeit gegenüber Israel entschieden entgegen zu treten. Ich freue mich, dass der CDU Bundesparteitag unserer Initiative zugestimmt und den Antrag aus Frankfurt angenommen hat, erklärte der Kreisvorsitzende der Frankfurter CDU, Uwe Becker. In den zurückliegenden Monaten habe sich in verschiedenen Ländern auch deutlicher Widerstand gegen die BDS-Bewegung gezeigt. So hätten nationale wie kommunale Parlamente und Verwaltungen, wie z.B. in Großbritannien, Kanada und Paris Beschlüsse zur Ablehnung dieser Boykottaktion beschlossen. Die CDU Deutschlands erklärt mit diesem Antrag ihre Missbilligung und Ablehnung jeglicher BDS-Aktivitäten und verurteilt diese als antisemitisch. Jeglichen Aktionen, die Israel feindlich begegnen, tritt die CDU Deutschlands entschieden entgegen. Die CDU Deutschlands bekennt sich zu der tief empfundenen Freundschaft zu Israel und setzt sich auch weiterhin für eine friedliche Lösung des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern ein“¹⁵⁵.

Kündigung von Konten

Im November 2016 hat die Bank für Sozialwirtschaft der „Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost“ (JS) das Bankkonto gekündigt. Grund für die Kündigung: die JS betreibe die Vernichtung Israels, weil sie Israels Politik kritisiere und die BDS-Kampagne unterstütze.¹⁵⁶ Die „Jüdische Stimme“ wurde vor 13 Jahren als deutsche Sektion der europäischen „Jewish Voice for a Just Peace“ gegründet. Seitdem setzt sie sich in Deutschland und in der EU für die Durchsetzung der Men-

schenrechte in Israel und Palästina sowie für eine gerechte Friedenslösung zwischen beiden Völkern ein. Die JS ist eine wichtige Stimme und zeigt, dass die jüdische Gemeinschaft vielfältiger und kritischer ist als es die offiziellen Vertreter*innen der Jüdischen Gemeinde und des Zentralrats der Juden suggerieren.

In der Pressemitteilung vom 06.12.2016 kommentiert die „Jüdische Stimme“ die Kündigung ihres Bankkontos durch die Bank für Sozialwirtschaft:

„Die Schließung unseres Kontos sehen wir als Teil einer umfassenden anti-demokratischen Kampagne der Netanjahu-Regierung und ihrer UnterstützerInnen, Organisationen, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte in Israel-Palästina einsetzen, mundtot zu machen. In den vergangenen Jahren wurden mehrere Gesetze von der israelischen Regierung verabschiedet, deren Zweck es ist, die Arbeit israelischer Friedensorganisationen unmöglich zu machen und besonders ihre finanzielle Eigenständigkeit zu sabotieren. Dass deutsche Institutionen dieses repressive und gegen das deutsche Grundgesetz stehende Vorgehen importieren, erachten wir als jüdische Minderheit als besonders bedrohlich. Wir sind schockiert davon, dass eine Institution wie die Bank für Sozialwirtschaft AG sich dem Druck eines rechten Kampagnenjournalisten beugt und ihm Bankgeheimnisse verrät. Dass die Bank dabei das Konto einer jüdischen Organisation zu schließen wagt, weil sie sich für die jüdischen Werte der Gerechtigkeit und der Achtung der Menschenwürde engagiert, empfinden wir als äußerst skandalös. Trotz solidarischer Proteste zahlreicher Organisationen wie Pax Christi, IPPNW, der Internationalen Liga für Menschenrechte sowie mehrerer Bundestagsabgeordneter der Linken, der SPD und der Grünen, war die Bank nicht von der Kündigung abzubringen. Befreundete AktivistInnen und Organisationen haben der JS gegenüber erklärt, dies sei ein beispielloser Fall der politischen Zensur einer jüdischen Vereinigung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie würden dies nicht akzeptieren können und beabsichtigten, ihre Konten bei der Bank für Sozialwirtschaft AG aus Protest zu kündigen“¹⁵⁷.

Am 24.04.2017 erklärte die „Jüdische Stimme“, dass in Folge eines Gesprächs mit der Bank für Sozialwirtschaft die Geschäftsbeziehungen wieder aufgenommen worden seien, obwohl die Jüdische Stimme in dem Gespräch ihre Unterstützung für die BDS-Kampagne als gewaltlose Initiative mit dem Ziel der „Verwirklichung gleicher Rechte für Israelis und Palästinenser“ erneut erklärt habe.¹⁵⁸

Auch der jüdische Verleger und Publizist Abraham Melzer musste bereits eine ähnliche Erfahrung machen: Er erfuhr aus einem Artikel in der Jerusalem Post, dass sein Konto bei der Commerzbank nach mehr als 40 Jahren gekündigt worden war. Die Bank war nicht bereit, ihm die Gründe für die Kündigung des Kontos zu nennen.¹⁵⁹

BDS ist nicht antisemitisch

Zirka 200 Rechtswissenschaftler*innen und praktizierende Anwälte*innen aus 15 Ländern haben in einem öffentlichen Aufruf die BDS-Kampagne als eine „rechtmäßige Ausübung der Meinungsfreiheit“ verteidigt: „Staaten, die BDS verbieten, untergraben dieses grundlegende Menschenrecht“¹⁶⁰.

„Keine Regierung hat jemals versucht, die Anti-Apartheid-Bewegung zu verbieten oder zu kriminalisieren. BDS sollte als eine ähnliche Bewegung gesehen und entsprechend behandelt werden“, erklärte der renommierte südafrikanische Völkerrechtler John Dugard.

Selbst das US-Außenministerium und die Europäische Union haben bestätigt, dass die Befürwortung von BDS ein geschütztes Recht sei. Die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, hat zu BDS folgendes formuliert: „Die EU schützt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Übereinstimmung mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, einschließlich aller in diesem Gebiet durchgeführten BDS-Aktivitäten.“^{161,4}

Die Regierungen Schwedens, Irlands und der Niederlande sprechen sich für die Meinungsfreiheit aus und sind explizit gegen eine Sanktionierung von BDS.¹⁶² Etliche Kirchen in den USA, so z.B. die Presbyterianische Kirche, die Methodistische und die Middle East United Church of Christ sowie zahlreiche Quäkergemeinden unterstützen BDS. Als erste US-amerikanische Kirche schloss sich die Santa Cruz Church den Boykott-Aufrufen gegen Hewlett-Packard aufgrund seiner Beteiligung an der israelischen Besatzung an.¹⁶³

Auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion, ob die Bundesregierung die BDS-Kampagne gegen Israel als antisemitisch einstuft (Drucksache 18/3870), antwortete die Regierung, darüber lägen ihr keine Erkenntnisse vor, positionierte sich also keinesfalls auf der Seite der Verurteiler der BDS-Kampagne.¹⁶⁴

Knesset gegen BDS

Am 07.03.2017 haben die Parlamentarier*innen der Knesset mit 46 zu 28 Stimmen für eine Gesetzesreform gestimmt, die Ausländer*innen jede Art von Boykott verbietet. Besucher*innen Israels oder der palästinensischen Gebiete, die der BDS-Bewegung zugeordnet werden, müssen schon seit Jahren mit Einreiseverboten rechnen. Das neue Gesetz ist auch beim American Jewish Committee (AJC) und der Anti-Defamation League (ADL) auf große Kritik gestoßen.¹⁶⁵ Bereits vor der Verabschiedung dieses Gesetzes hat die Knesset BDS Unterstützer*innen massiv sanktioniert.

Maßnahmen gegen Kritiker*innen

Eine Delegation des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), die im Mai 2016 zu einer internationalen Konferenz über Klimagerechtigkeit nach Israel einreisen wollte, wurde auf eine „beispiellose und inakzeptable Weise festgehalten und ausgewiesen“¹⁶⁶, so ÖRK-Generalsekretär Pastor Dr. Olav Fykse. „Der ÖRK protestiert mit Nachdruck gegen die unverhältnismäßige, unzumutbare und vollkommen ungerechtfertigte Behandlung durch die israelischen Behörden von Vertretern und Vertreterinnen der Mitgliedskirchen und Mitarbeitenden des ÖRK, die von den ÖRK-Mitgliedskirchen in der Region zu einer von ihnen organisierten Tagung über Klimawandel und Umweltschutz eingeladen wurden“¹⁶⁷, erklärte Tveit. Die aus 13 Ländern kommenden Mitglieder der ÖRK-Arbeitsgruppe zum Klimawandel wurden stundenlang verhört, schwer eingeschüchtert und unter gefängnisähnlichen Bedingungen bis zu drei Tage lang festgehalten¹⁶⁸.

Anfang Dezember 2016 wurde „in einem beispiellosen Vorgehen gegenüber einer hochrangigen Mitarbeiterin des Ökumenischen Rates der Kirchen und Vertreterin der ökumenischen Bewegung (...) die beigeordnete ÖRK-Generalsekretärin Prof. Dr. Isabel Apawo Phiri am internationalen Ben-Gurion-Flughafen festgehalten, verhört und ausgewiesen“¹⁶⁹. In einer Erklärung vom 06. Dezember in Reaktion auf die Festnahme, das Verhör und die Ausweisung von Prof. Dr. Isabel Apawo Phiri bei ihrer Ankunft am Flughafen von Tel Aviv heißt es: Der ÖRK „bedauert zutiefst die israelische Feindseligkeit gegenüber den ÖRK-Initiativen für einen gerechten Frieden für sowohl Palästinenser als auch Israelis“¹⁷⁰. „Phiri war unterwegs zu geplanten Konsultationen mit Kirchenleitenden in Jerusalem im Rahmen des Ökumenischen Begleitprogramms in Palästina und Israel (EAPPI) – eines der zahlreichen Programme und Aktivitäten, die der ÖRK weltweit unterstützt. Da Phiri das einzige afri-

kanische Mitglied der ÖRK-Delegation ist und gleichzeitig die einzige Person, der die Einreise verwehrt wurde, und da als Grund für ihre Ausweisung „Prävention illegaler Immigration“ angegeben wurde, hat der ÖRK seine Anwälte beauftragt, sofort Einspruch gegen dieses offensichtlich ungerechte und diskriminierende Vorgehen gegenüber Phiri“ zu erheben¹⁷¹. „Die im Verhör vorgebrachten und heute in den Medien veröffentlichten Anschuldigungen gegenüber dem ÖRK und dem EAPPI-Programm sind völlig unzutreffend“, erklärte ÖRK-Generalsekretär Pastor Dr. Olav Fykse Tveit. „Ich bin äußerst überrascht und bestürzt, dass das israelische Innenministerium seine Entscheidungen anscheinend auf falsche und unzuverlässige Quellen stützt“¹⁷².

Das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI) wird schon länger von der israelischen Regierung kritisiert, weil die freiwilligen Mitarbeiter*innen Zeugen der vielfältigen Menschenrechtsverletzungen vonseiten der israelischen Sicherheitskräfte sowie vonseiten der Siedler*innen sind und diese dokumentieren. Mehr als 70 Kirchen, ökumenische Gremien sowie kirchliche Dienste und Werke in 22 Ländern in Afrika, Asien, Europa, Nordamerika und Lateinamerika beteiligen sich aktiv an dem Programm. Fast 1.800 Begleitpersonen waren bereits im Einsatz. „Der Auftrag von EAPPI ist es, Palästinenser und Israelis bei ihren gewaltlosen Aktionen zu begleiten und gemeinsame Anstrengungen zur Beendigung der Besatzung zu unternehmen. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Programms beobachten die Lage vor Ort und melden Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht. Sie unterstützen Aktionen gewaltlosen Widerstands an der Seite lokaler christlicher und muslimischer Palästinenser und israelischer Friedensaktivisten, gewähren Schutz durch ihre gewaltlose Anwesenheit, setzen sich für politische Veränderungen ein und üben ganz allgemein Solidarität mit den Kirchen und allen, die sich gegen die Besatzung wenden“¹⁷³.

Anfang April 2017 wurde dem Britisch-palästinensischen Professor an der Birmingham Universität, Kemal Hawwash, die Einreise nach Israel verweigert. Er wollte über Ostern seine Verwandten in Ost-Jerusalem besuchen. Der Grund für das Einreiseverbot: er gehöre als Stellvertretender Vorsitzender der britischen Palestine Solidarity Campaign einer „Anti-Israel Organisation“ an.¹⁷⁴ Während seiner Frau und seinem fünfjährigen Sohn die Einreise erlaubt wurde, musste Hawwash 12 Stunden nach seiner Ankunft zurück nach Europa.

¹⁵⁵ CDU-Kreisverband Frankfurt am Main, Initiative der CDU Frankfurt setzt klares Zeichen gegen Antisemitismus, 07.12.2016, siehe: www.cduffm.de/index.php?ka=1&ska=1&idn=5361

¹⁵⁶ Ohne Autor, Bank für Sozialwirtschaft und Commerzbank kündigen Konten von Juden!, in: Between the Lines – Ludwig Watzal, 19.12.2016, siehe: <http://betweenthelines-ludwigwatzal.com/2016/12/19/bank-fuer-sozialwirtschaft-und-commerzbank-kuendigen-konten-von-juden/>

¹⁵⁷ Andreas Friedrich, Jüdische Stimme – Pressemitteilung 6.12.2016: Bank für Sozialwirtschaft kündigt Konto einer jüdischen Friedensorganisation, 06.12.2017, siehe: <http://www.nahostpolitik.de/?p=3407>

¹⁵⁸ Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost, Statement zur Wiederaufnahme der Geschäftsbeziehung zwischen der Bank für Sozialwirtschaft AG (BFS) und der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost (JS), 24.4.2017, <http://www.juedische-stimme.de/?p=2290>

¹⁵⁹ <http://betweenthelines-ludwigwatzal.com/2016/12/19/bank-fuer-sozialwirtschaft-und-commerzbank-kuendigen-konten-von-juden/>

¹⁶⁰ Erklärung von Rechtsgelehrten für das Recht auf BDS, in: BDS-Kampagne – Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen, 08.12.2016, siehe: <http://bds-kampagne.de/2016/12/08/erklaerung-von-rechtsgelehrten-fuer-das-recht-auf-bds/>

¹⁶¹ Ohne Autor*in, EU High Representative, Federica Mogherini, affirms the right to BDS, in: EUROPEAN COORDINATION OF COMMITTEES AND ASSOCIATIONS FOR PALESTINE, 28.10.2016, siehe: <http://www.eccpalestine.org/eu-high-representative-federica-mogherini-affirms-the-right-to-bds/>

¹⁶² Palestinian BDS National Committee, Irish and Dutch governments join Sweden in speaking out for right to call for BDS, in: BDS – Freedom, Justice, Equality, 28.05.2016, siehe:

<https://bdsmovement.net/news/irish-and-dutch-governments-join-sweden-speaking-out-right-call-bds>

¹⁶³ Friends of Sabeel North America, Santa Cruz church becomes first US congregation to boycott HP for role in Israeli occupation, in: MONDOWEISS - News & Opinion About Palestine, Israel & the United States, 07.12.2016, siehe: <http://mondoweiss.net/2016/12/becomes-congregation-occupation>

¹⁶⁴ Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 3.3.2015; Bundestagsdrucksache 18/4173, siehe: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/041/1804173.pdf>

¹⁶⁵ Mab, Knesset will Boykott-Unterstützer nicht mehr einreisen lassen, in: israelnetz, 07.03.2017, <https://www.israelnetz.com/politik-wirtschaft/politik/2017/03/07/knesset-will-boykott-unterstuetzer-nicht-mehr-einreisen-lassen/>

¹⁶⁶ Marianne Ejdersten, ÖRK-Vertreter: Inakzeptable Behandlung am Flughafen in Israel, in: Ökumenischer Rat der Kirchen, 09.05.2016, siehe: http://www.oikoumene.org/de/press-centre/news/wcc-israeli-treatment-of-representatives-at-airport-unacceptable?set_language=de

¹⁶⁷ Ebd.

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ Marianne Ejdersten, ÖRK: Israelisches Vorgehen hochrangige ÖRK-Mitarbeiterin ist ungerecht, uninformiert und diskriminierend, in: Ökumenischer Rat der Kirchen, 06.12.2016, siehe: <https://www.oikoumene.org/de/press-centre/news/wcc-israeli-treatment-of-wcc-leadership-unjust-and-discriminatory>

¹⁷⁰ Ebd.

¹⁷¹ Ebd.

¹⁷² Ebd.

¹⁷³ EAPPI – Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel, Über EAPPI, in: EAPPI – Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel, ohne Datum, siehe: <http://www.eappi-netzwerk.de/uber-eappi/>

¹⁷⁴ Samuel Osborne, British-Palestinian professor ‘may never see family again’ after being denied entry to Israel, in: Independent, 13.04.2017, siehe: <http://www.independent.co.uk/news/world/middle-east/british-professor-kamel-hawwash-palestinian-citizen-israel-ban-entry-anti-bds-law-see-family-easter-a7682471.html>

Fazit

Die Kampagnen gegen Israel-kritische Veranstaltungen, gegen die *Nakba*-Ausstellung, gegen Seminare und Lehrveranstaltungen an Hochschulen und Universitäten, gegen Benefiz-Konzerte, Filmvorführungen und dergleichen sind eine ernstzunehmende Gefahr für die Presse- und Meinungsfreiheit sowie für die akademische Freiheit. Die zunehmenden Kündigungen von Veranstaltungsräumen aufgrund von massiven Bedrohungen, die auch nicht vor physischer Gewalt gegen die Einrichtungen zurückschrecken, muss uns alle beunruhigen. Müssen wir damit rechnen, dass es demnächst Verbote von Veranstaltungen zu den NSU-Morden und anderen „sensiblen“ Themen gibt?

Infame Verunglimpfungen von Wissenschaftler*innen

Wissenschaftler wie Ludwig Watzal sind Opfer der Antisemitismuskampagne, die bereits seit 2008 gegen ihn läuft und zu einer Beendigung seiner Arbeit bei der Bundeszentrale für politische Bildung führte¹⁷⁵. Auch Wissenschaftlerinnen wie Helga Baumgarten und Petra Wild werden verleumdet und „infam besudelt“¹⁷⁶, wie es Moshe Zuckermann ausdrückt. Das Netzwerk von Henryk Broder und Benjamin Weinthal hat die Weiterbeschäftigung von der Wissenschaftlerin Viktoria Waltz an der Universität Dortmund verhindert.¹⁷⁷

Ziel sind stromlinienförmige Universitäten und Hochschulen

Ein Ziel dieser Kampagnen gegen kritische Wissenschaftler*innen ist es, die Universitäten und Hochschulen „stromlinienförmig“ zu machen, wie es in einem Aufsatz mit dem Titel „Ausgrenzung einer kritischen Positionierung zum Nahost-Konflikt - auf dem Weg zur stromlinienförmigen Universität“ analysiert wird¹⁷⁸.

Es geht schon lange nicht mehr allein um den Konflikt Israel/Palästina, sondern darum, kritische Diskurse einzuschränken und zu eliminieren. Darum ist breiter Protest so wichtig.

In einer Demokratie muss es erlaubt sein, auch kritische Themen in öffentlichen Räumen zu diskutieren, darüber Lehrveranstaltungen abzuhalten sowie Ausstellungen und Konzerte zu organisieren.

Die Kampagnen gegen Israel-kritische Veranstaltungen sollten von allen Demokrat*innen scharf verurteilt werden. Der unhaltbare Antisemitismus-Vorwurf darf Demokrat*innen, Wissenschaftler*innen, Gewerkschafter*innen, Friedensaktivist*innen und auch Politiker*innen nicht davon abhalten, die massiven Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das Völkerrecht durch die israelische Regierung und durch israelische Sicherheitskräfte zu kritisieren. Wenn dieser Protest unterbunden wird, bleiben Menschenrechte und das internationale Recht genau wie unsere demokratischen Grundprinzipien auf der Strecke.

¹⁷⁵ Internetseite von Ludwig Watzal siehe hier: http://palaestina-portal.eu/Ludwig_Watzal/ludwig_watzal.htm

¹⁷⁶ Rezensionennotiz zu Süddeutsche Zeitung, in: perlentaucher.de, 04.06.2013, siehe: <https://www.perlentaucher.de/buch/petra-wild/apartheid-und-ethnische-saeuberung-in-palaestina.html>

¹⁷⁷ Dr. Viktoria Waltz, 2008 - Technische Universität Dortmund und Dr. Viktoria Waltz, in: Honestly Concerned, 24.12.2008, siehe: http://www.arendt-art.de/deutsch/palastina/Honestly_Concerned/2008%20-%20TU%20Dortmund%20-%20Dr.%20Viktoria%20Waltz.htm

¹⁷⁸ Ebd.

Stellungnahmen

Prof. Ilan Pappé

Prof. Ilan Pappé, University of Exeter, UK, 28.02.2017

Israel und Palästina: Siedlerkolonialismus und Wissenschaftsfreiheit an Universitäten

In den letzten zehn Jahren ist ein altes wissenschaftliches Paradigma, welches für die historische Analyse europäischer Siedlerbewegungen in verschiedenen Teilen der Welt Anwendung fand, in den USA und Australien erneut aufgekommen, nun verbunden mit dem Wunsch die moderne Geschichte dieser Länder zu verstehen. Führende Historiker*innen aus aller Welt redefinierten das Paradigma des Siedlerkolonialismus, um alle Orte miteinzuschließen, an denen europäische Immigrant*innen nicht-europäische Länder kolonialisierten – zunächst mit Hilfe kolonialer Imperien, später dann im Kampf gegen jene Imperien und die einheimische indigene Bevölkerung.

Alle Länder in Nord-, Zentral- und Südamerika sind Siedlerkolonien. Ebenso wie Australien, Neuseeland, Algerien, Zimbabwe und Südafrika. Damit ist gemeint, dass sie entweder geschichtlich auf Siedlerkolonialismus gründen oder bis heute in einen Kampf gegen die indigene Bevölkerung verstrickt sind. In vielen Fällen vernichtete die Siedlerbevölkerung die indigene Bevölkerung (etwa in denen Amerikas und Australiens), an anderen Orten wie Algerien kam es zu einem langen und blutigen Befreiungskrieg während die Siedlerbewegung in Südafrika und Zimbabwe ein Apartheidssystem errichtete, die von Akten ethnischer Säuberung begleitet wurde.

Die Geschichten aller dieser Länder – einschließlich der unangenehmen Kapitel – werden in den akademischen Institutionen der Welt ohne Beschränkungen analysiert. Dies hat in einem erheblichen Maße zu einem Prozess der Versöhnung und sozialen Harmonie beigetragen.

Die siedlerkoloniale Vergangenheit oder Gegenwart eines Landes darzustellen, bedeutet nicht seine Legitimität zu untergraben und ist auch kein ideologischer Feldzug. Dies darf innerhalb der akademischen Welt als Allgemeinplatz gelten.

Im Rahmen dieser aufregenden neuen wissenschaftlichen Entwicklung wollten nun nicht wenige Wissenschaftler*innen, darunter auch solche aus Israel, genauer untersuchen, ob sich dieses akademische Paradigma auch auf Israel und Palästina anwenden ließe. Das „Journal of Settler Colonial Studies“ widmete diesem Thema zwei Extrabände, auch das angesehenene Journal für post-koloniale Studien „Interventions“ wird eine Sonderausgabe zu diesem Thema veröffentlichen. Doktorand*innen in der ganzen Welt, auch in Deutschland, arbeiten daran, jenes Paradigma auf den Fall Israel und Palästina anzuwenden: dies wirft Fragen nicht nur bezüglich der Vergangenheit Israels auf, sondern auch bezüglich des Kampfes und der Strategie der Palästinenser*innen in der Gegenwart und Zukunft. Wohl noch wichtiger: diese Analyse eröffnet neue Möglichkeiten für Frieden und Versöhnung nach Jahrzehnten gescheiterter Friedensprozesse (genau dazu ist die Wissenschaft da).

Die Anwendung dieses Paradigmas löste einige Bedenken aus, die erfolgreich beantwortet werden konnten. An der Universität Berkley (USA) wurden die Bedenken, die durch einen Kurs ausgelöst wurden, der sich mit Siedlerkolonialismus in Israel/Palästina befasste, gründlich untersucht und die Universität kam zu dem Ergebnis, dass es sich um eine valide akademische Fragestellung handelte. Ähnliche Bedenken wurden laut als an der Universität Exeter (Großbritannien) eine Konferenz zum Siedlerkolonialismus in Palästina abgehalten wurde. In einem äußerst fruchtbaren Dialog mit der jüdischen Gemeinschaft Großbritanniens konnte aufgezeigt werden, dass diese Thematik nicht nur das legitime Thema einer Konferenz sein kann, sondern darüber hinaus auch die Forschung über Israel und Palästina bereichert.

Akademiker*innen zum Schweigen zu bringen, die über Siedlerkolonialismus oder ethnische Säuberung in Israel und Palästina lehren oder diese Themen in ihrer Forschung weiter vertiefen, stellt eine schwere Verletzung akademischer Freiheiten und der Meinungsfreiheit dar. Es delegitimiert die große Mehrheit der Akademiker*innen weltweit, die heute zum Thema Israel und Palästina arbeiten und von denen viele diese Paradigmen anwenden um die Realitäten der Vergangenheit und Gegenwart zu verstehen. Jemanden in Deutschland zu feuern oder seine Anstellung auslaufen zu lassen aufgrund einer solchen intellektuellen Neugierde, stellt eine Beleidigung gegenüber der Vergangenheit und den erfolgreichen Bemühungen um den Aufbau einer freien und demokratischen Gesellschaft dort dar.

Bedauerlicherweise geschieht ebendies gegenwärtig in Deutschland. Ich möchte hier besonders die Fälle Eleonora Roldán Mendivíl und Farid Esacks erwähnen.

Eleonora Roldán Mendivíl ist eine junge Akademikerin, die einen Kurs namens „Rassismus im Kapitalismus“ am Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlins (FU) unterrichtet. Nachdem obskure rechte, zionistische Blogger behauptet hatten, dass ihre Bewertung Israels als koloniales Projekt und Apartheidsstaat antisemitische Aussagen darstellen und diese Behauptungen von der rechtspopulistischen Jerusalem Post und einer pro-israelischen Studierendengruppe an der Freien Universität aufgenommen wurden, wurde ihre Weiterbeschäftigung am Otto-Suhr-Institut unterbunden. Es ist relevant an dieser Stelle zu erwähnen, dass sie ihre Aussagen über Israel nicht in ihrem Kurs, sondern in einem aktivistischen Umfeld äußerte. Ihre akademische Arbeit wird momentan unter Bezugnahme auf die erhobenen Behauptungen evaluiert. Mit allem gebotenen Respekt gegenüber unserem Kollegen Prof. Dr. Benz der diese Evaluation leitet, möchte ich der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass sie im oben skizzierten wissenschaftlichen Sinne durchgeführt wird. Soweit meine Expertise in diesem Zusammenhang tangiert ist, trage ich gerne zu einer entsprechenden Bewertung bei.

Prof. Farid Esack ist ein muslimischer Befreiungstheologe, früherer Anti-Apartheids-Kämpfer und Vorsitzender von BDS Südafrika. Bis vor kurzem war er Gastprofessor an der „Akademie der Weltreligionen“ der Universität Hamburg. Auch er wurde als Antisemit, Terrorunterstützer und Holocaustleugner verleumdet. Die deutsche Presse sprach sehr gerne über Herrn Esack –und wiederholte jegliche kontrafaktische Anschuldigung, die auf ihn abgefeuert wurde – war aber, bis auf sehr wenige Ausnahmen, nicht bereit direkt mit ihm zu kommunizieren. Hamburgs größte Oppositionspartei, CDU, ist im Begriff im Landesparlament, der Bürgerschaft, eine Resolution vorzuschlagen, die – sollte sie eine Mehrheit finden – BDS als antisemitisch erklären würde.

Die Akademie der Weltreligionen hat sich mittlerweile davon distanziert, Esack die Position als Gastprofessor angeboten zu haben; trotz seines von ihnen selbst erkannten brillanten akademischen Renommees und der Tatsache, dass er nichts getan hätte, was dazu geeignet wäre dieses in irgendeiner Art und Weise zu schmälern. Was die Angreifer*innen unerträglich finden, ist, dass Prof. Esack wiederholt das Verhalten des Staates Israel mit dem früheren Apartheidsstaat Südafrikas verglichen

hat sowie mit der Definition der Apartheid laut internationalem Recht. Die daraus von ihm abgeleitete Konsequenz ist sein Engagement in der von der palästinensischen Zivilgesellschaft initiierten Boykottbewegung namens BDS. BDS genießt in Südafrika breite Unterstützung in der Bevölkerung und Politik.

Wieder scheint es so, dass grundlegende wissenschaftliche Prinzipien über Bord geworfen werden, sobald Antisemitismus-Vorwürfe umher geschleudert werden: anscheinend muss gegenüber der deutschen Öffentlichkeit und den deutschen Medien verdeutlicht werden, dass es sich nicht um eine religiöse Frage mit unantastbaren Doktrinen handelt, sondern vielmehr um die Frage, ob es sich bei Israel um einen Apartheidsstaat handelt und/oder – wie ich selber in einigen neueren Publikationen festgestellt habe – um einen Siedlerkolonialstaat, der unter internationalem Recht zahlreiche Verbrechen begeht, darunter das Verbrechen der ethnischen Säuberung; eine Fragestellung, die sehr wohl innerhalb eines wissenschaftlichen Rahmens und einer öffentlichen Debatte diskutiert und beschlossen werden kann.

Die Palästinenser*innen werden durch diesen hasserfüllten Diskurs zur Unsichtbarkeit verdammt: Unter dem Deckmantel der Antisemitismus-Vorwürfe werden erfolgreich die Realität vor Ort und die 70jährige Leidensgeschichte erfolgreich beleidigt – jedenfalls solange wir es den Agitatoren gestatten ihren Willen durchzusetzen.

Daher rufe ich die deutsche Öffentlichkeit und die deutschen Medien dazu auf, Einzelpersonen, die zionistische Glaubenssysteme herausfordern, fair zu behandeln, und dies nicht nur, aber ganz besonders in der akademischen Welt. Dies umfasst den Raum ihre Ansichten ausdrücken zu dürfen und sich an einer öffentlichen Debatte zu beteiligen ohne Angst haben zu müssen dafür verleumdet und herabgewürdigt zu werden. Debatten sind kein Hindernis für wissenschaftlichen Fortschritt, sondern vielmehr eine seiner wichtigsten Bestandteile.

Ich möchte hiermit meine herzlich empfundene Solidarität mit den betroffenen Kolleg*innen – Eleonora Roldán Mendivil und Prof. Farid Esack – ausdrücken sowie mit allen Menschen, die in ähnlicher Weise attackiert werden. Ich beabsichtige dem weiteren Verlauf der Ereignisse in Deutschland aufmerksam zu folgen und hoffe, dass wissenschaftlicher Forschergeist und die Vernunft obsiegen werden.

www.bds-kampagne.de, Erklärungen

Schreiben von Judith Bernstein

Mein Schreiben an Außenminister Sigmar Gabriel vom 04. April 2017

Sehr geehrter Herr Minister Gabriel,

als mein Mann und ich vor mehr als zehn Jahren einen Termin im Auswärtigen Amt wahrnahmen, wurden wir mit dem Satz empfangen: „Wir machen uns große Sorgen um den wachsenden Antisemitismus.“ Wir antworteten, dass das Ende der israelischen Besatzung der Gefahr des Antisemitismus Einhalt gebieten könne.

Es ist richtig, die fortgesetzte Siedlungspolitik zu verurteilen – wie Sie es am 31. März 2017 erneut getan haben. Doch die Rhetorik allein reicht nicht aus, solange ihr keine politischen Konsequenzen folgen. Dies hat dazu geführt, dass die von der internationalen Diplomatie beschworene Zwei-Staaten-Lösung immer unrealistischer wird.

Mit Recht verurteilen wir die Menschenrechtsverletzungen in Ländern wie der Türkei und Russland. Zu fünfzig Jahren Unterdrückung, Erniedrigung und Freiheitsberaubung der palästinensischen Bevölkerung aber schweigen wir.

Ein immer größerer Teil der deutschen Öffentlichkeit positioniert sich gegen die israelische Regierung und ihre Unterstützer. Jüdische Gemeinden, die jede Kritik an der israelischen Politik als „Antisemitismus“ abtun sowie Institutionen, die thematisch kritische Veranstaltungen verbieten, werden als Komplizen der israelischen Regierung wahrgenommen. Das Einknicken deutscher Institutionen wie unlängst in Berlin, Hamburg, Göttingen und Frankfurt (und derzeit in München, wo der Vortrag eines der bekanntesten israelischen Journalisten - der täglich in Israel publiziert - verboten werden soll), wird als Angriff auf die eigene Meinungsfreiheit verstanden und schürt noch eher den Antisemitismus. Das Klima ist mittlerweile so vergiftet und die Fronten dermaßen verhärtet, dass ich die große Befürchtung habe, dass eines Tages dies auf uns alle Jüdinnen und Juden zurückschlagen wird.

Die Bewegung „Boykott, Entzug von Investitionen, Sanktionen“ (BDS) würde sich erübrigen, wenn die europäische und deutsche Israel-Politik auf die Alternative drängte – nämlich auf das Ende der Besatzung und die Gleichstellung der palästinensischen Bevölkerung in Israel und Palästina. Erst dann hat die Zwei-Staaten-Lösung noch eine Chance. Israel wird in Ihrer Pressemitteilung die unverbrüchliche

Freundschaft zugesichert, obwohl mittlerweile die politische Verfolgung auch jüdische Dissidenten trifft. Wen meinen wir, wenn wir von „Israel“ reden? Wer sich um die Zukunft Israels sorgt, der sollte auch nicht vor Sanktionen zurückschrecken – dies hat nichts mit der deutsch-jüdischen Geschichte zu tun. Ansonsten droht diesem Staat der moralische Bankrott.

Ich selbst bin als Tochter deutsch-jüdischer Eltern, die vor dem Nationalsozialismus fliehen mussten, in Jerusalem geboren und lebe seit über 40 Jahren in Deutschland. Mein Engagement in diesem Konflikt lässt sich dreifach begründen: Erstens kenne ich die Situation vor Ort und sehe keinen Grund, warum die Palästinenser nicht die gleichen Rechte wie die jüdischen Israelis genießen sollten. Zweitens ist für mich Israel nicht nur der Staat Benjamin Netanyahus und seiner Regierung, sondern auch das Israel der Friedensgruppen, die wir unterstützen sollten. Drittens lebe ich gern in Deutschland und möchte nicht, dass der Antisemitismus wieder salonfähig wird.

Abschließend möchte ich noch auf eine Tagung eingehen: Zusammen mit der Evangelischen Akademie Tutzing organisiere ich im Mai eine Konferenz mit dem Thema „Nahost-Politik im Spannungsdreieck. Israelisch-palästinensische Friedensgruppen als Lernorte für deutsche Politik“. Wir haben die besten israelisch-palästinensischen Friedensgruppen eingeladen, doch leider haben uns alle aktiven deutschen Politiker abgesagt. Es ist klar, dass wegen der bevorstehenden Wahlen einige Politiker absagen mussten. Damit wird allerdings eine Chance vertan, denn diese Gruppen sind die einzigen, die noch zusammenarbeiten.

Mein Ehemann, der Historiker Reiner Bernstein beschäftigt sich seit mehr als 50 Jahren mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt und kennt große Teile der arabischen Welt. Er hat gerade ein Buchmanuskript fertiggestellt, in dem er der Frage nachgeht, warum die internationale Diplomatie an diesem Konflikt seit der britischen Mandatszeit scheitert: Es ist, um Jacques Delors zu zitieren, der Verzicht auf ein „tieferes Verständnis für die religiösen und philosophischen Vorstellungen anderer Zivilisationen“. Um ein solches Verständnis zu gewinnen, bedarf es eines Abgleichs jüdisch-theologischer Quellen mit der israelischen Realpolitik.

Ich freue mich auf Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen,

Judith Bernstein

Impressum

MEINUNGSFREIHEIT BEDROHT?

Die Gefährdung der Meinungsfreiheit in Deutschland durch die Kampagnen der sogenannten „Freunde Israels“

Hrsg: Annette Groth, Günter Rath

**Gestaltung, Layout, Druckvorlage:
Manuela Kunkel, kupola.de**

Druck: Dorner GmbH, dorner-druck.de

Angesichts der sich verschärfenden Angriffen auf Wissenschaftler*innen, Autor*innen, Journalist*innen und Referent*innen, Verleumdungen, Hassmails, Behinderungen und Verhinderungen von Veranstaltungen, die sich kritisch mit der Lage in Israel und Palästina auseinandersetzen, kam die Idee einer Dokumentation auf. Das Recht auf Meinungsfreiheit, eines der Grundrechte in einer Demokratie, wird zunehmend eingeschränkt, dagegen ist breiter Widerstand aller Demokrat*innen erforderlich.

Annette Groth, Entwicklungssoziologin, 2009 bis 2017, Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Fokus auf Nahost- und Migrationspolitik, beschäftigt sich seit vielen Jahren mit den vielfältigen Menschenrechtsverletzungen in Palästina und Israel; Mitglied des BIB (Bündnis zur Beendigung der israelischen Besatzung, www.bib-jetzt.de), im Verein "Frauen für Palästina", und Mitarbeit beim Palästinakomitee Stuttgart e.V..

Günter Rath, Sozialwissenschaftler und Finanzexperte mit Forschungs- und Arbeitsaufenthalten in Afrika, Asien und Pazifik befasst sich seit seinem Besuch in Israel/Palästina (2010) mit der politischen Situation im Nahen Osten und unterstützt aktiv Palästina-Solidaritätsgruppen in Deutschland, einschließlich der BDS-Bewegung.

